

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 14. März 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Wer soll Betriebsrat werden?

Kein RGO., kein Nazi und kein Selber

Wie unorganisierte Arbeitnehmerschaft soll bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen den Kommunisten und Nationalsozialisten helfen im Kampfe gegen die Gewerkschaften. Wir wissen, daß die Wahlen zu den Parlamenten als eine Heerschau der politischen Parteien gelten. Dasselbe trifft auch für die Gewerkschaften bei den Betriebsrätewahlen zu.

Kommunisten und Nazimänner spielen sich als Arbeiter- und Gewerkschaftsfreunde auf. Die Wirklichkeit zeigt aber, daß sie alles andere sind.

Die Kommunisten, die unter der Flagge der RGO. in den bevorstehenden Wahlkampf ziehen, rufen in ihrem Kampfprogramm auf, daß die Kandidaten der RGO. zusammen mit parteilosen, unorganisierten, christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern — sonst werden die letzteren immer als Faschisten, Bluthunde usw. beschimpft — kandidieren werden.

Ein schönes Durcheinander, das der Arbeiterschaft von den Kommunisten beschert werden soll. An einer anderen Stelle ihres Kampfprogramms sagen sie, daß man sich in der Führung des bevorstehenden Kampfes besonders der unorganisierten Massen bedienen will. Zu den sonstigen papiernen Kampfesforderungen der Kommunisten, wie: „Keinen Pfennig Lohnabbau, Erhöhung der Löhne“ usw., ist zu sagen, daß zwischen Theorie und Praxis in der KPD. ein sehr großer Unterschied besteht.

Im September vorigen Jahres wurden dem bei den kommunistischen Zeitungen „Rote Fahne“, „Welt am Abend“, „Berlin am Morgen“ beschäftigten Zeitungspersonal die Löhne um 33 1/2 Proz. reduziert. Damit nicht genug, hat man noch einen 45prozentigen Personalabbau vorgenommen. Von 900 beschäftigten Zeitungsträgern wurden 400 entlassen. Der Tarifvertrag, der diese Verschlechterungen für das in dem genannten Betriebe beschäftigte Zeitungsträgerpersonal brachte, wurde abgeschlossen zwischen der kommunistischen Geschäftsleitung und den Vertretern der roten Gewerkschaftsopposition.

Die Kommunisten, die sonst den Mund nicht voll genug nehmen können gegen die Gewerkschaften, haben bislang von dieser Heldentat, die sie vollbrachten, geschwiegen.

Die Nationalsozialisten, die alles andere sind, nur keine Arbeiterpartei, wollen bei diesem bevorstehenden Kampf ihr Schäffchen ebenfalls ins Trockene bringen. Sie beteiligen sich an den Betriebsrätewahlen, obwohl ihr Abgeordneter Feder bei der Rundfunkrede dem Professor Böting gegenüber erklärte, daß die Nationalsozialisten die Betriebsräte ablehnen und deshalb die Diskussion darüber überflüssiges Geschwätz sei.

Am 1. Juli 1930 hat Adolf Hitler seinem ausgeschiedenen Parteifreund Dr. Straßer gegenüber folgendes erklärt:

„Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angestellten Anteil am Besitz oder gar an der Leitung der Betriebe? Daß man einen unfähigen Regierungsrat oder gar einen Betriebsrat in der Leitung der Betriebe mitreden läßt, wird sich jeder Wirtschaftsführer verbeten.“

Anlässlich der letzten Landtagswahlen in Sachsen wandte sich die Nazi-partei an die dortigen Unternehmer um geldliche Unterstützung. Daraufhin schrieb ein Unternehmer zurück, daß man ihm doch nicht zumuten könne, eine Partei, die klassenkämpferische Tendenzen vertritt, mit Geld zu unterstützen. Das Landessekretariat der Nazi-partei gab darauf folgendes Antwortschreiben ab:

„Zu Ihrer Bemerkung betr. sozialistische Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich dann noch ausdrücken, wollen wir Ihnen mitteilen:

Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren — der Zweck heiligt doch die Mittel. Seien Sie versichert, mein verehrter Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist bezüglich Ihres zurzeit schwankenden Unternehmens, dann sind Sie nirgend besser geborgen, als bei unserer Nazi-partei. — Gewiß, es sind Schlagworte, wie: „Nieder mit dem Kapitalismus!“ usw. Aber selbige sind notwendig, um die sozialistischen Arbeiter an unsere Fahne zu fesseln. Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf; das behalten wir uns vor. — Inzwischen sind ja auch durch die langjährige Erwerbslosigkeit die Arbeiter so zermürbt, daß sie es als eine Rettung ansehen, billiger arbeiten zu können.“

Einen besonderen Dorgeschmack ihrer Tätigkeit bekommt man aber, wenn man weiß, wie sie Leute bezahlen, die bei ihrer Partei selbst als Arbeiter, Kraftwagenführer usw. beschäftigt sind.

Im Jahre 1928 suchte die Nazi-partei, Gau Berlin-Brandenburg, einen Kraftwagenführer. Vorsitzender für diesen Gau ist der Schwerverdiener und Menageriebesitzer von den weißen Mäusen, Goebbels. — Ein Kraftwagenführer, der sich um diese Stellung bewarb, erhielt unter dem 31. Mai 1928 folgendes Schreiben:

„Wir sind bereit, Sie für die Nationalsozialistische Partei, Gau Berlin-Brandenburg, als Ordnanz und Chauffeur gegen ein monatliches Entgelt von 70 Mk. (in Worten siebzig Mark) einzustellen und zu beschäftigen.“

Wer die Rote Gewerkschaftsopposition und die Nationalsozialisten in ihrem Vorhaben, die gewerkschaftliche Macht der Arbeitnehmer zu zersplittern, unterstützt, trägt dazu bei, daß weitere Verschlechterungen eintreten.

Wer für Verbesserung ist, für den kann es nur eins geben: Mit allen Kräften tätig zu sein, daß die Gewerkschaften aus dieser Wahl als Sieger hervorgehen.

Sturmangriff auf die freien Gewerkschaften

Die freien Gewerkschaften, die Siegfriedstellung der deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter, sind heute den heftigsten Angriffen ausgesetzt, die den ausgesprochenen Zweck verfolgen, die Gewerkschaften zu zertrümmern und endgültig die Arbeitnehmer unter die kapitalistische Willkür zu bringen. Gegen die offenen Feinde, gegen die Unternehmer und die reaktionären Verwaltungen Stellung zu nehmen, ist nicht so schwer. Wir kennen ihre Kampfweise, ihre Taktik und ihre Ziele und haben uns in wiederholten schweren Kämpfen mit ihnen gemessen. Der Gegner ist zwar stark und gut gerüstet, aber an der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung müßte unbedingt seine Offensive scheitern, wenn, ja wenn die Verbündeten der Unternehmer nicht im eigenen Lager stehen würden. Das klingt absurd, ist aber so.

Der Kapitalismus ist international und kennt bei der Verfolgung seiner Ziele keine Skrupel. Er macht mit dem faschistischen Italien Geschäfte und führt heute in Moskau Verhandlungen, um an den Bolschewisten zu verdienen. Zu gleicher Zeit hungern in Deutschland Millionen von Menschen, Betriebe werden stillgelegt, die Arbeitszeit verlängert und Gehälter und Löhne gekürzt. Die Abschreibungen der großen Werke gehen in die Millionen, um den Aktionären die Gewinne sicherzustellen. Die Kommunisten unterstützen diese Bestrebungen im Reichstag, indem sie ihren ersten Antrag, die Millionäre zu besteuern, auf 500 000 Mk. Vermögen reduzieren und die Kapitalisten der mächtigen Konzerne und Truste ausgenommen wissen wollen.

Der Kampf der Gewerkschaften um die Erhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeitnehmerschaft, der politisch von der Sozialdemokratie geführt wird, ist heute in seiner Stoßkraft geschwächt durch die Feinde in den eigenen Reihen. Die freien Gewerkschaften müssen nach innen und außen kämpfen und werden dazu gegenwärtig durch die ungeheure Arbeitslosigkeit auch finanziell belastet. Gefahren für den Bestand der Gewerkschaften bestehen zwar nicht, aber wenn wir im geeigneten Moment zum Gegenstoß ausholen wollen, um die Scharte wieder auszuweihen, müssen wir die Schlagkraft der Gewerkschaften intakt halten, d. h. den Feind in den eigenen Reihen erkennen und ihm tatkräftig begegnen.

Da ist zuerst die ewig wandelbare kommunistische „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ (RGO.), die im Jahre 1919 die Notwendigkeit der Gewerkschaften verneinte und ihre Mitglieder zum Austritt aufforderte. Seither wechselte die Parole. Einmal hinein in die Gewerkschaften, dann wieder heraus — je nach Bedarf, und jetzt geht der Kurs auf die Organisierung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung. In der Prags haben bis jetzt die schon bestehenden kleinen kommunistischen Gewerkschaften allerdings gründlich versagt. Wie sagte doch Lenin?

„Austritt aus den Gewerkschaftsverbänden! Ablehnung der Arbeit in ihnen! Schaffung von neu ausgedachten Formen der Arbeiterorganisation! Das ist eine unzerstörliche Dummheit, die gleichbedeutend mit dem größten Dienst ist, den die Kommunisten der Bourgeoisie erweisen!“

Also ist die kommunistische Spaltung der Gewerkschaften Hilfeleistung für das Bürgertum. Warum aber die Kommunisten die Gewerkschaften spalten, sagte der Sekretär der Roten Gewerkschafts-Internationale Losowski im Dezember 1928 in Moskau auf einer Sitzung der RGO.:

„Zunächst, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“

Den Traum der Einheitsfront aller Schaffenden zerstört die „Rote Fahne“ gründlich, wenn sie erklärt:

„Was ist Taktik der Einheitsfront? Man muß ein für allemal begreifen, daß für die kommunistische Internationale die Taktik der Einheitsfront nur eine Methode der Agitation unter den Arbeitern ist, eine Methode, die gerade der gegebenen Epoche angepaßt ist.“

Dieses Dabankuespiel wird sogar in den eigenen Reihen der Kommunisten verurteilt, denn die kommunistische Tageszeitung „Arbeiter-Politik“ vom 13. Februar 1931 setzt sich zur Wehr, wenn sie schreibt:

„Wir werden alles, was bei uns steht, tun, um die Spaltung einer Gewerkschaft zu verhindern. Jede Gewerkschaftsspaltung schädigt die direkt betroffenen Arbeiter und widerspricht dem gesamten Klasseninteresse. Wir haben verstanden, daß die Gewerkschaften der Sammelplatz der proletarischen Massen der gesamten Arbeiterklasse sind. Im allgemeinen kann eine Gewerkschaft ihre Aufgaben um so besser erfüllen, je besser das Organisationsverhältnis ist. Von einer Gewerkschaftsspaltung haben daher nie die beteiligten Arbeiter, sondern immer nur die Unternehmer Nutzen...“

Die Haltung der „Gewerkschaftsbürokratie“ gegenüber dem verbrecherischen Treiben der RGO. wird in derselben kommunistischen Zeitung am 14. Februar 1931 verteidigt. Sie schreibt:

„Wenn der erklärte Zweck der kommunistischen Arbeit innerhalb der Gewerkschaften die Zerstörung der Verbände ist, wenn nur beabsichtigt wird, die Mitglieder der freien Gewerkschaften für die RGO., also eine konturrierende Organisation, zu gewinnen, dann braucht sich doch niemand zu wundern, wenn die freien Gewerkschaften mit den Anhängern der RGO. kurzen Prozeß machen.“

Also Kampf den kommunistischen Gewerkschaftspaltern!

Die Nationalsozialisten hängen sich aus agitatorischen Gründen zwar ein gewerkschaftsfreundliches Mäntelchen um, aber ihr vor dem Hitler-Putsch 1923 fertiggestellter Verfassungsentwurf will die Gewerkschaften auflösen (§ 12), die Streikenden erschlagen (§ 13) und die Gewerkschaftsmitglieder an die Wand stellen (§ 24 Abs. 2). Die Stellungnahme zur Wirtschaftsdemokratie und Betriebsrätebewegung hat der Nationalsozialist Feder im Rundfunkgespräch mit Höflich deutlich gekennzeichnet, und Hitler hat auf eine Anfrage am 22. Mai 1930, ob die Nationalsozialisten, wenn sie die Macht in Deutschland übernehmen würden, z. B. bei der Krupp AG. bezüglich der Aktionäre und Arbeiter, soweit der Besitz, Gewinn und die Leitung des Betriebes in Frage kommt, alles unverändert bleiben würde, mit „aber selbstverständlich“ geantwortet. Wie die Kommunisten sind auch die Nationalsozialisten scharfe Gegner der freien Gewerkschaften und arbeiten auf ihre Spaltung hin. Das geht aus einem vertraulichen Rundschreiben der Kreisleitung der NSDAP. Groß-Frankfurt hervor:

„Die NSDAP. sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsorganisationen in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren gewerkschaftlichen Verbänden zu bleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität, jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern.“

Die Aufgabe der faschistischen Gewerkschaften besteht nicht in der Interessensvertretung der Arbeiterschaft, und da es keine Demokratie gibt, haben auch die Mitglieder der Verbände bei Lohnabbauentscheidungen der Gewerkschaften nichts zu sagen. So haben z. B. die faschistischen Gewerkschaften Italiens am 22. November 1930 einen achtprozentigen Gehaltsabbau beschlossen, und als die Wasserbauarbeiter in Mantua sich nicht mit einer zehnprozentigen Lohnsenkung, die die Gewerkschaften auf Befehl Mussolinis bekräftigten, einverstanden erklärten, wurden sie samt und sonders verhaftet. Warum die Nazis nicht ehrlich für die Gewerkschaften Stellung nehmen, plaudert der Leiter der Reichsbetriebszellenleitung, Mucow, aus:

„Eine Parole der NSDAP. gegen die Gewerkschaften wäre nicht nur ideell unhaltbar, sondern würde uns auch praktisch den Weg zur Arbeiterschaft versperren, da sie uns als willfährige Werkzeuge des gewerkschaftsfeindlichen Unternehmertums ansehen würden. Eine Parole der NSDAP. für die Gewerkschaften, aber gegen eine direkte Mitgliedschaft wäre praktisch die Werbearbeit für uns erschweren bzw. vollkommen unmöglich machen.“

Das Ziel der Betriebszellen der Nazis in den Gewerkschaften ist also Propaganda für ihre Partei, im Endeffekt damit eine Stärkung der Hilfstruppen der Unternehmer, was auf der anderen Seite wieder einen verschärften Kampf gegen die Gewerkschaften, Abkehr von der Demokratie und der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und letzten Endes Aufrichtung der Diktatur bedeutet.

Der Stahlhelm taucht nun als Dritter im Bunde gegen die Gewerkschaften auf und rührt für eine gelbe Gewerkschaft die Trommel. Der Zweck der „Stahlhelm-Selbsthilfe“ (Stas) ist nach § 1 der Satzung:

„1. Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder; 2. Schutz gegen Terror gegenwärtiger Organisationen, Schutz gegen wirtschaftliche Schädigungen, hervorgerufen durch Maßnahmen wegen nationaler Betätigung; 3. Hilfeleistung bei unverschuldeten Notlagen. Die Stas verbindet eine tatkräftige soziale Gemeinschaftshilfe mit einem sozialen Sparwesen; 4. Stellungvermittlung im Rahmen kameradschaftlicher Berufsberatung; 5. Rechtsberatung und Rechtsschutz in allen sozialen und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten.“

Der Ausschluß erfolgt, wenn ein Mitglied die Interessen der Stahlhelm-Selbsthilfe gröblich verletzt, wenn es Mitglied einer sozialdemokratischen oder kommunistischen Organisation wird (als solche sind auch freie Gewerkschaften anzusehen) § 3. Das Ziel

ber Stas ist, nach § 14 die Entproletarisierung der deutschen Menschen. Deshalb steht sie in dem Rahmen, der nach Wegsteuerung des sozialen Sparkapitals des Arbeitnehmers durch die staatlichen Versicherungseinrichtungen bleibt, den sozialen Spargedanken in die Tat um.

Der sieht so aus, daß das einzelne Mitglied über seine durch die erhöhten Beiträge im Laufe der Zeit angesammelten Spargroschen bei der Stas nach 10 Jahren über 20 Proz., nach 15 Jahren über 25 Proz., nach 20 Jahren über 30 Proz. und erst nach 35jähriger Mitgliedschaft über sein gesamtes Sparguthaben verfügen kann, von Zinsen steht in den Statuten nichts.

„Im bewußten Gegensatz zu dem System der Gewerkschaften“ tritt der Solidaritätsgedanke vollkommen zurück.

„Kameraden, denen bei Erwerbslosigkeit eine angemessene Arbeitsstelle nachgewiesen wird und die diese nicht annehmen, gehen ihres Anspruches auf Erwerbslosenhilfe verlustig.“

Das heißt also mit anderen Worten, daß die „Kameraden“ gezwungen werden, nachgewiesene Arbeit in der Industrie und

bei den Großagrariern unter allen Umständen anzunehmen, auch wenn sie noch so schlecht bezahlt werden.

Ob es sich nun um die RGO, die Nationalsozialisten oder die Stahlhelm-Selbsthilfe handelt, keine dieser Organisationen werden je in der Lage sein, die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerbewegung zu ersetzen oder auch nur annähernd das zu erreichen in rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung, was durch die freien Gewerkschaften bisher möglich war. Das ist Grund genug, alles daran zu setzen, um dem gewerkschaftsschädlichen Treiben der RGO, Nazis und Stahlhelmer einen Damm entgegenzusetzen, an dem alle ihre Bemühungen zuschanden werden. Für den Beamten, Angestellten und Arbeiter gibt es nur eine Gewerkschaftsbewegung, und das ist die freigewerkschaftliche, die er in seinem eigenen Interesse unter allen Umständen unterstützen und der er die Treue halten muß. Ist das der Fall, dann werden wir auch diese wirtschaftliche und politische Krisenzeit überstehen und mit alter Kampfkraft und Entschlossenheit uns für die Arbeitnehmer einsetzen. **E. F.**

Die Wirtschaftskrise in Großbritannien

Im Jahre 1930 hatte auch Großbritannien eine schwere Wirtschaftskrise zu bestehen. Am deutlichsten kommt die Ungunst der Verhältnisse in der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck, unter der auch die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Verkehrswesens mehr als sonst zu leiden hatten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit wird von den öffentlichen Arbeitsnachweisen zum weitaus größten Teil verzeichnet. Für die der Arbeitslosenversicherung unterstehenden Arbeitslosen besteht Meldepflicht, für andere Arbeitslose ist die Meldung freiwillig. Die Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen stieg 1930 ununterbrochen von 1 534 000 in der letzten Januarwoche auf 1 947 000 in der letzten Woche des Juni, 2 230 000 in der letzten Woche des September und 2 725 000 in der letzten Dezemberwoche.

Der Arbeitslosenversicherung unterstanden Mitte 1930 12 405 700 Personen, von denen im Jahresdurchschnitt 16,1 Proz. arbeitslos waren. Mitte Dezember war die Verhältniszahl der Arbeitslosen unter den versicherten Personen auf 20,2 Proz. gestiegen.

Einbezogen sind hierbei sowohl Vollarbeitslose, wie auch zeitweise Arbeitslose, die zwar nicht entlassen, aber wegen vorübergehender Betriebseinstellung oder -einschränkung erwerbslos waren, sowie Kurzarbeiter, deren Arbeitslosenhilfen bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen hinterlegt waren.

Die Arbeitslosigkeit der unter die Arbeitslosenversicherung fallenden Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Verkehrswesens (ohne Eisenbahner) veranschaulicht die folgende Uebersicht. Von Hundert der Versicherten waren am Ende eines jeden Vierteljahres arbeitslos:

	März	Juni	Sept.	Dez.
Gas-, Wasser- u. Elektr.-Versorgung	7,3	7,2	8,0	8,6
Straßenbahnen	4,2	3,6	4,2	11,7
Sonstiger Straßenverkehr	15,5	14,8	16,9	18,4
Schifffahrt	23,1	22,0	24,7	33,0
Hafenbetrieb	36,1	34,2	35,7	35,2
Uebrigtes Transportwesen (ohne Eisenbahnen)	14,4	14,8	16,0	16,7
Staatsverwaltung	8,5	7,5	8,8	9,4
Ortsverwaltung	12,5	10,7	13,1	13,4

In den meisten dieser Wirtschafts- und Dienstzweige nahm die Arbeitslosigkeit vom ersten auf das zweite Vierteljahr zwar etwas ab, nachher aber wieder zu. Die Schifffahrt und der Hafenbetrieb wiesen das ganze Jahr hindurch (wie auch bereits in den vorausgegangenen Jahren) weitaus den größten Umfang der Arbeitslosigkeit auf.

Die Zahl der Versicherten (in Arbeit stehende und arbeitslose Personen zusammen) ist von Mitte 1929 bis Mitte 1930 im Hafenbetrieb, in der Gruppe „übriges Transportwesen“ und in der Staatsverwaltung zurückgegangen, in den anderen oben genannten Wirtschafts- und Dienstzweigen nahm sie zu, in der Regel allerdings bloß in geringem Maße. Am bedeutendsten war die Zunahme bei den Arbeitnehmern der Ortsverwaltungen, nämlich von 274 050 auf 308 390 Personen; sie geht hauptsächlich zurück auf die in gesteigertem Umfang betriebene Ausführung von Notstandsarbeiten seitens der Ortsbehörden. In der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung trat eine Zunahme der

versicherten Personen von 162 030 auf 163 080 ein, im Straßenbahn- und Omnibusbetrieb von 154 740 auf 163 080, im sonstigen Straßenverkehr von 182 570 auf 188 810, in der Schifffahrt von 141 420 auf 144 240. Auf Beamte in öffentlichen Diensten erstreckt sich die Versicherung nicht, auch nicht auf solche Arten von Beschäftigungen, in denen die Arbeitnehmer Anrecht auf Altersversorgung haben und nur wegen Verfehlungen oder Vernachlässigungen im Dienst oder wegen Unfähigkeit zur Erfüllung der dienstlichen Obliegenheiten entlassen werden können.

Im Umfang der industriellen Produktion kam die Wirtschaftskrise bis Mitte 1930 weniger deutlich zum Ausdruck als in den Arbeitslosenziffern. Die Produktion entwickelte sich, wenn auch mit Schwankungen, im allgemeinen aufsteigend und erst vom zweiten Vierteljahr 1930 ab zeigte sie eine deutliche Senkung.

Preise und Löhne bewegen sich schon längst in absteigender Richtung. Die Indexziffer der Großhandelspreise sank von 100 1924 auf 74 in den ersten neun Monaten 1930. Die Indexziffer der Kosten der Lebenshaltung ging im gleichen Zeitraum von 100 auf 90 zurück. Im Jahre 1930 ergab sich vom Januar bis einschließlich Juni eine Preissenkung, der bis zum Oktober wieder eine Erhöhung und im Dezember abermals eine geringe Senkung folgte. Am beträchtlichsten war die Senkung der Nahrungsmittelpreise, wogegen die Wohnungsmieten stiegen und die Kosten von Heizung und Beleuchtung am Jahreschlusse ebenso hoch waren wie am Jahresbeginn.

Die Preissenkung wurde durch Lohnkürzungen für einen großen Teil der Arbeitnehmer wieder ausgeglichen. Die Beteiligung an Lohnerhöhungen ging von 1924 bis 1929 fort-dauernd zurück. Der Umfang der Lohnkürzungen war bedeutende Schwankungen auf, doch waren daran seit 1926 stets mehr Arbeitnehmer beteiligt als an Lohnerhöhungen. Der wöchentliche Betrag der Lohnerhöhungen war nur 1924 und 1926 größer als der Betrag der Lohnkürzungen.

In der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, im Verkehrswesen und in der öffentlichen Verwaltung war die Beteiligung an kollektiven Lohnänderungen in den Jahren 1929 und 1930 wie folgt:

	1929		1930	
	Zahl der Beteiligten			
	Lohnerhöhungen	Lohnsenkungen	Lohnerhöhungen	Lohnsenkungen
Gas, Wasser und Elektrizität	6 650	2 000	2 050	2 250
Verkehrswesen (einschl. Eisenbahnen)	4 500	131 000	421 000	24 000
Öffentliche Verwaltung	10 600	4 000	16 000	10 000

In der Gruppe Verkehrswesen trafen in beiden Jahren die meisten Lohnänderungen auf den Eisenbahnbetrieb.

Die Lohnsenkungen, die seit 1924 etwa 7½ Millionen Arbeitnehmer betrafen, haben nicht vermocht, auch nur das mindeste zu einem „Auftrieb der Wirtschaft“ beizutragen. Im Gegenteil, die Krise hat sich in letzter Zeit erheblich verschärft und es sind noch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß sie bereits ihren Gipfelpunkt erreicht hat. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gegenüber dem Ausland hat in der Zeit der Lohnsenkungen eher ab- als zugenommen. **H. Fehlinger.**

Wirtschaftskrise und Steuerzahlung

Die dem Reiche, den Ländern und Gemeinden zufallenden Aufgaden haben sich unter den Nachwirkungen des verlorenen Krieges beträchtlich erhöht. Dementsprechend sind auch die Steueranforderungen gestiegen. Die Klagen über die wachsenden und immer unerträglicher werdenden Steuerlasten sind daher allgemein. Derbirgt sich hinter diesen Klagen auch vielfach Demagogie und Heuchelei, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß sich infolge der noch mit unerminderter Schärfe bestehenden Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zahlreiche Einkommen erheblich vermindert haben, was die Aufbringung der Steuern außerordentlich erschwert. Wollte man freilich den aus den besitzenden Kreisen erhobenen Klagen Glauben schenken, dann hätten diese am meisten unter dem bestehenden Zustand zu leiden, wie denn auch gerade von jener Seite am nachdrücklichsten Steuererleichterungen gefordert werden. Die Reichsregierung hat diesen Forderungen weitgehend Rechnung getragen, ohne damit jedoch die erwartete Anerkennung zu finden. Das ist bei der Einstellung dieser Kreise, die an Begehrlichkeit nicht überboten werden können, nicht verwunderlich. Handelt man dort doch seit jeher nach dem Grundsatz, daß Nehmen seliger als Geben ist, weshalb man auch die Tragung der notwendigen Steuerlasten möglichst den anderen, insbesondere den arbeitenden Volksschichten überläßt. Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien bietet hierfür recht drastische Belege.

Das geht auch von neuem aus der statistischen Zusammenstellung des Reichsfinanzministeriums über den Stand der Erhebung und Beitreibung von Steuern und Zöllen für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1930 hervor, die vor kurzem dem Reichstag zugeleitet wurde. Nach dieser Zusammenstellung ergeben sich für die genannte Zeit bei einem Steueraufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben im Gesamtbetrage von 3665,9 Millionen Mark an Rückständen nicht weniger als 684,4 Millionen. Hiervon wurden gestundet 420,2 Millionen, erlassen oder niedergeschlagen 41,4 Millionen Mark. Die Rückstände betragen hiernach 18,6 Proz. des vorgesehenen Steueraufkommens. Gegenüber dem Stand vom 1. April bis 30. September 1929 haben sich die Steuerrückstände um 28,1 Millionen Mark vermehrt, was in der offiziellen Erläuterung hierzu auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückgeführt wird.

Hierin wird man berechtigte Zweifel setzen können. Zergliedert man nämlich die Steuerrückstände nach den Steuerarten, so zeigt sich vielfach etwas ganz anderes und man gelangt zu sehr lehrreichen Aufschlüssen. Der Vergleich des Steueraufkommens an veranlagter Einkommensteuer, also ohne Lohnsteuer, zeigt z. B., daß bei 639 Millionen Steueraufkommen 217,6 Millionen, demnach rund 34 Proz. Rückstände zu verzeichnen waren. Es wurde somit über ein Drittel der veranlagten und fälligen Einkommensteuer nicht abgeführt. Demgegenüber betragen die Rückstände aus der Lohnsteuer bei einem Gesamtaufkommen von 673,4 Millionen nur 3,4 Millionen Mark. Das sind nur ganze 0,5 Proz. Berücksichtigt man, daß die Lohnsteuerpflichtigen im gleichen Maße, ja noch wesentlich schwerer unter der herrschenden Wirtschaftskrise zu leiden haben, ohne daß ihnen die Möglichkeit zur Verfügung steht, sich ebenso wie die übrigen Einkommensteuerpflichtigen von der Steuerzahlung zu drücken, so kann die offiziöse Erklärung nicht zutreffen. Wir haben vielmehr wieder ein Beispiel vor uns, in wie skrupelloser Weise von jener Seite die Steuerpflicht zu umgehen und hinfällig zu machen versucht wird. Diese Tatsache findet ihre weitere Illustrierung darin, daß von der rückständigen veranlagten Einkommensteuer rund 53 Proz., bei der Lohnsteuer dagegen 15 Proz. gestundet worden sind.

Damit nicht genug, sind bei der Körperschaftsteuer mit einem Aufkommen von 285,5 Millionen Mark insgesamt 67,5 Millionen rückständig, hiervon 53,9 Millionen gestundet. Die Rückstände bei der Umsatzsteuer mit einem Aufkommen von 483,6 Millionen betragen 70 Millionen, obwohl diese Beträge von den Steuerpflichtigen bereits vereinnahmt wurden, da sie der Konsument beim Einkauf bezahlte und somit keine Rückstände vorhanden sein dürften. Die Vermögenssteuer weist bei einem Aufkommen von 261,6 Millionen Rückstände in Höhe von 50 Millionen auf. Nicht besser liegen die Verhältnisse bei der Erbschafts-, Gesellschafts- und Obligationensteuer, bei denen die Rückstände die bisher eingegangenen Steuern um das Mehrfache übertreffen. So gingen bei der Erbschaftsteuer ein 38,7 Millionen. Im Rückstand befinden sich 81,4 Millionen, was sich aus den gesetzlichen Vorschriften erklärt, die eine Stundung bis zu 20 Jahren vorsehen. Die Gesellschaftsteuer erbrachte 17,6 Millionen. Rückständig sind

25,5 Millionen Mark. Desgleichen stehen den Einnahmen aus der Obligationensteuer mit 5,4 Millionen 13,2 Millionen Mark Rückstände gegenüber.

Etwas günstiger sind die Verhältnisse bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben. Hier ergeben sich für die in Betracht kommende Zeit bei einem Gesamtaufkommen von 1492,4 Millionen 86,8 Millionen Rückstände, von denen 30,1 Millionen gestundet, 10,4 Millionen niedergeschlagen wurden. In diesem Zusammenhang muß auch auf die bestehende Kapitalflucht hingewiesen werden, die zum erheblichen Teile als Ausfluß der bei den Besitzenden herrschenden Steuerscheu zu betrachten ist. Nicht nur, daß dem deutschen Kapitalmarkt dadurch diverse Milliarden Mark verloren gehen, hat auch der Steuerfiskus erhebliche, in die Hunderte von Millionen gehende Steuerausfälle zu erleiden. Zusammen mit den rückständigen Steuern würde die sich ergebende Summe dieser Ausfälle ohne weiteres hinreichen, den Reichshaushalt ohne Gehaltskürzungen und ohne neue Steuern auszugleichen und den Reichsfinanzminister von den Sorgen über das zu deckende Defizit zu befreien.

Wie in anderen Fällen versuchen es auch hier die besitzenden Kreise, sich in geradezu skandalöser Weise ihren Verpflichtungen zu entziehen und diese den ärmeren Volksschichten aufzuladen. Zu dem gleichen Zwecke treten sie für den Lohn- und Gehaltsabbau ein. Sie sind mit dem bisher erzielten Erfolg nicht zufrieden, sondern wollen die Schröpfung der Lohn- und Gehaltsempfänger noch weiter fortsetzen, die diesen Bestrebungen entschieden Widerstand entgegenzusetzen müssen. Zugleich haben die Lohn- und Gehaltsempfänger in Hinblick darauf, daß von ihnen die Lohnsteuer bis zum letzten Pfennig erhoben wird, eine restlose Heranziehung der Steuerdrückeberger zur Erfüllung ihrer steuerlichen Verpflichtungen zu fordern. Mattutat.

Stimmen aus Kollegenkreisen

Die Beiträge sind zu hoch?

Es ist betäubend, wie in den Betriebs-, Filial- und Delegiertenversammlungen mit kleinem Geschwätz und haltlosen Behauptungen auf dem Funktionärkörper herumgehacht wird. Meistenteils sind sich diese nörgelnden Kollegen der Schädlichkeit ihres Tuns nicht bewußt, und glauben vielfach, als gute Gewerkschaftler eine gute gewerkschaftliche Tat zu vollbringen. Anders Kollegen wieder glauben mit dem Geschrei: „Herunter mit den Beiträgen!“ eine nutzbringende Gewerkschaftsarbeit zu verrichten. Ob sich diese Kollegen über die Schädlichkeit ihres Tuns klar sind, ist eine Frage, die sie sich einmal ernsthaft vorlegen sollten. In einer Zeit, wo die Not der Arbeitslosen zum Himmel schreit, in einer Zeit, wo Zehntausende unserer Kollegen in den Unterstüzungseinrichtungen unserer Organisation eine kleine Linderung ihres Not finden, in einer solchen Zeit von einer Herabsetzung der Beiträge zu reden, bedeutet, gelinde gesagt: Mangel an Solidaritätsbewußtsein. Wir wissen nur zu gut und spüren es alle Tage, wo der im Betrieb stehende Kollege belastet ist. Wir wissen aber auch, daß Millionen bereit sind im Austausch diese Belastung auf sich zu nehmen. Eine Reduzierung der Beiträge bedeutet die Organisation in ihrer Stoßkraft schwächen, bedeutet Minderung und Kürzung der Leistungen.

Es gibt viele Kollegen, die die materiellen Leistungen der Gewerkschaft nicht anerkennen wollen. Hierzu folgendes Beispiel: Ein Kollege sagt eines Tages, die Beiträge sind zu hoch, die müssen reduziert werden, wir haben ja doch nichts davon! Auf die Entgegnung: Wie? Wir haben nichts davon und haben doch in unserer Filiale 1930 nahezu 25 000 Mk. an Unterstüzung ausbezahlt? ging der Kollege kopfschüttelnd von dannen und sagte: „So etwas gibt es ja gar nicht!“

Also Kollegen, sind wir uns bewußt, so nötig wir auch jeden Pfennig gebrauchen, eine Sparpolitik gegenüber der Organisation ist eine verkehrte Sparpolitik. Nutznießer würde nur das Unternehmertum sein. Es ist vielleicht eine leichte Sache, mit dem Liede von den hohen Beiträgen eine Sängerschar zu gewinnen, aber es wird eine schwere Arbeit sein, den Schaden wieder gut zu machen, der durch dieses Lied entstehen kann. Darum fort mit diesem Sang, die finanzielle Grundlage der Organisation zu erschüttern, heißt an ihr Totengräberarbeit verrichten. Wer von uns Kollegen will Totengräber der Gewerkschaft sein?

Friz Lenz, Heidelberg.

Leipziger Messe

Von der Leipziger Messe

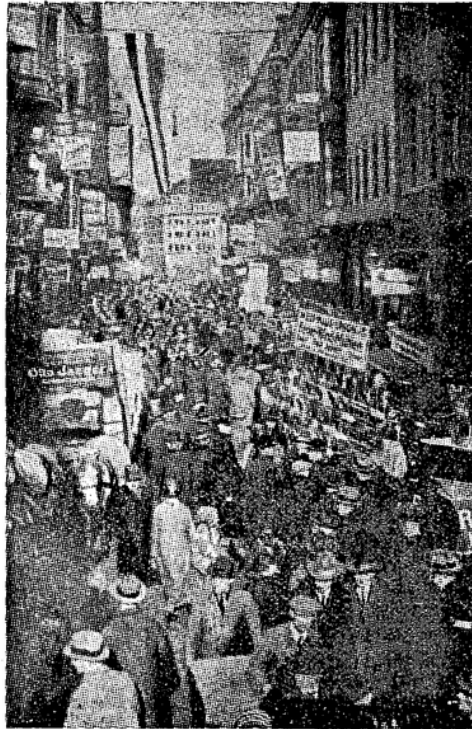
Lieber Leser! Wenn du als aufmerksamer Beobachter zur Leipziger Messe gehst und alle Eindrücke auf dich wirken läßt — aber kein Leipziger bist —, so besteht leicht die Gefahr, daß du in vollendete Verwirrung gerätst; denn Cumult und Maschinengerassel, schiebende Menschenmassen und Geräusche jeglicher Art umgeben dich in einem ungeheuerlichen Ausmaß, sobald du in eine der großen Messehallen trittst. Nur mit Hilfe eines guten Führers, den allerdings die Messeleitung für Pressemenschen jederzeit bereit hält, kannst du dich zur Not durchfinden. Nach einigen Stunden wird einem dann klar, daß es glatt unmöglich ist, alles zu erfassen und aufzunehmen. So beschränkst du dich also auf einige hervorragende Neuerungen der verschiedenen Gebiete, insbesondere neue Maschinen sowie neue Verfahren im Arbeits- und Produktionsprozeß. — Dabei wird dir erschreckend klar, daß trotz aller Erkenntnis von der übereifrigen und damit schädlichen Rationalisierung wir doch erst sozusagen am Anfang der Rationalisierung unserer Gesamtwirtschaft stehen. Wohl hat das fließende Band in der Fertigungsindustrie an Boden gewonnen. Transportbänder laufen, Krane und andere neuzeitliche Transportmöglichkeiten sind soweit entwickelt, daß beinahe nicht mehr Menschen gespart werden können. Dafür gibt es aber in der Fertigungsindustrie und in manchen Spezialindustrien noch unendlich viele Rationalisierungsmöglichkeiten, daß einem das Grauen ankommen kann; denn in letzter Linie führt fast jegliche Rationalisierung wieder zu neuer Arbeitslosigkeit. So zeigt die Leipziger Messe in der Hauptsache freilich nur das eine Kapitel der technischen Entwicklung, während die menschliche Entwicklung dabei etwas in den Hintergrund tritt. — Und doch kann man sich des Eindrucks einer gewaltigen imposanten, ja wunderbaren Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten der menschlichen Arbeit nicht entziehen. Es mag sein, daß vieles produziert wird, was wir nicht unbedingt zum Leben benötigen. Manches davon ist nicht einmal als Luxus anzusprechen, sondern auf gewisse Scherzartikel, Hauszweifel und vieles andere könnten wir ganz gern vom kulturellen Standpunkt aus verzichten. Aber das ist natürlich nicht das Entscheidende auf der Leipziger Messe, sondern die Fülle der Neuerungen auf den verschiedensten Gebieten, insbesondere auch der Maschinenindustrie, zeugt von einem rastlosen Fleiß menschlicher Arbeit, an der Techniker, Ingenieure und Arbeiter jeglicher Art ihren verdienstvollen Anteil haben.

Insbesondere für unsere Gruppen im Handel, Transport und Verkehr bietet die Leipziger Messe eine ungeheure Fülle von informativischen Möglichkeiten, sobald man es gelernt hat, die wichtigeren Dinge zu unterscheiden von den minder wichtigen. Ob man nun neue gewaltige Eisenbahn-Transport-Waggons sieht, die das Fünffache der bisherigen Wagentypen fassen und obendrein Selbstentlade-Vorrichtungen haben, oder ob man die riesigen Dampf- und Baggermaschinen für neuzeitlichen Straßenbau betrachtet, die zum Teil in ungeheurer Größenausmaß in der Lage sind, in kürzester Frist große Strecken für den modernen Straßenbau zweckentsprechend vorzubereiten. Fast überall wird man den Gedanken freilich nicht los, daß die wunderbaren technischen Erfindungen und Fortschritte Schritt um Schritt den Arbeitskreis des schaffenden Menschen einschränken, so kommt einem auf der Leipziger Messe erst recht klar zum Bewußtsein, daß das Problem unserer Zeit nicht nur die Arbeitsbeschaffung ist, sondern und vor allen Dingen auch eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit.

In diesen Messetagen flutet nicht nur auf dem Messengelände, sondern auch in den inneren Straßenzügen Leipzigs die ungeheure Menge, wie es unser Bild von der Petersstraße zeigt. Daß dabei oftmals ganz groteske Formen vorkommen, versteht sich am Rande. Es ist kennzeichnend, daß nicht nur die Kinder, sondern

offenkundig auch fast alle Erwachsenen stark suggestiv beeinflusst werden von irgendwelchen exzentrischen, lächerlichen, grotesken Figuren und Darstellungen, die der Reklame dienen. Wenn z. B. auf einem großen Balkon ein riesiges Schiff mit menschenähnlichen Figuren hin und her bewegt wird, angekurbelt von einem vogelähnlichen Tier, so wird der groteske Effekt dieser Reklame für die Holzpuppen usw. gerade durch die Bewegung und die Größe der Darstellung gewaltig gesteigert und hält immer wieder neue Zuschauer im Bann.

Das Erfreuliche an der Leipziger Messe ist die Tatsache, daß eigentlich ein wirkliches Anreizertum etwa für minderwertige Waren usw. so gut wie unmöglich ist, denn es handelt sich ja nicht um den unmittelbaren Ankauf einzelner Gegenstände oder Warenmengen, sondern es ist eine Messe. Man hat nun nach gründlicher Besichtigung der einzelnen Typen oder Maschinen oder sonstigen Gegenstände Gelegenheit, auf Grund dieser Muster Bestellungen zu machen. So dominiert auf der Messe denn auch weit mehr der Einkäufer, als das besichtigende Publikum. Die Messeleitung hat festgestellt, daß von den 180 000 Besuchern im Jahre 1930 allein 32 420 Ausländer waren, die Waren für ihr Land besorgten. — Zwar hat die gesamte daniederliegende Wirtschaftskonjunktur sicher auch geringere Einkäufe auf der Leipziger Messe im Gefolge gehabt, obwohl nach Aussage der Messeleitung und anderer Instanzen, die dafür zuständig sind, in den ersten Tagen nicht nur der Andrang über alles erwarten groß war, sondern auch die Eintragungen und der Absatz weit über das hinausgingen, was man in dieser ungünstigen Zeit hätte erwarten können. Jedenfalls rechnet man damit, daß die Ankurbelung nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern auch der Wirtschaft in den meisten Industrieländern zu erheblichem Teil durch die Frühjahrsmesse in Leipzig erfolgen kann. So gesehen, kann es auch die Arbeiterschaft, insbesondere aber die Mitgliedschaft des Gesamt-Verbandes freudig begrüßen,



Straßenbild

daß diese Messe einen aufstiegverheißenden Erfolg aufzeigt. — Ein erheblicher Teil unserer Kollegen ist unmittelbar beschäftigt in der Messe sowohl mit den Aufbau- als auch Abwicklungsarbeiten, wie auch während der Messe selbst. Sie haben in dieser Zeit zumeist eine schwere Plage. Was für eine Woche Dauer eingerichtet werden mußte, bedarf oftmals wochenlanger ja zum Teil monatelanger Vorbereitungen. Der Transport und Aufbau der großen Maschinen z. B. in den Maschinenhallen oder auch in der Technischen Messe ist nicht ganz einfach. Aber auch die sonstigen Einrichtungen und Zusammenstellungen erfordern zumeist wochenlange Vorbereitungen und ebensolange Zeit, bis die Hallen wieder völlig frei sind. Viele Spezialzweige, wie z. B. Porzellan, Musikinstrumente, Spielzeugindustrie und manches andere nehmen einen so ungeheuren Raum ein, daß sie in eigenen Messpalästen untergebracht wurden, die ebenfalls dauernd von Besucherscharen gefüllt sind. Natürlich hat auch Rußland, wie auf allen Ausstellungen in den letzten Jahren, eine Spezial-Propaganda-Ausstellung. Wenn man sich etwas kritisch die Einzelheiten ansieht, wird man zugeben müssen, daß Rußland noch eine ungeheure Zukunftsperspektive besitzt, und große Reichtümer aus seinem Boden einmal wird ziehen können, sobald die Verkehrs- und Transporteinrichtungen etwas mitteleuropäisch geworden sind.

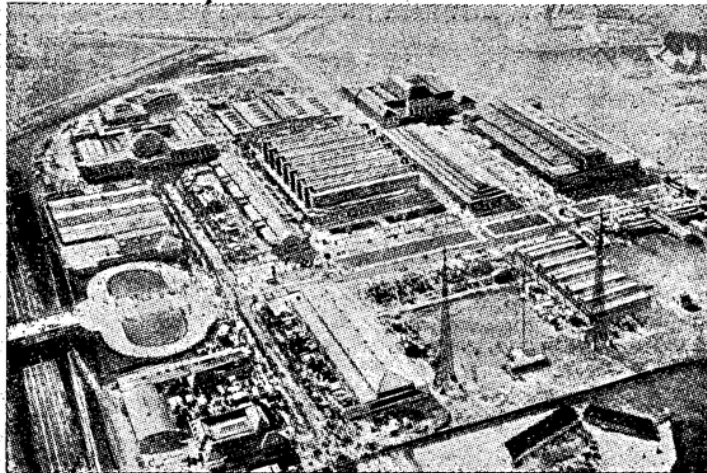
Darüber dürften aber noch viele Jahre vergehen. Dorerst, das kann man auch aus dieser russischen Musterausstellung erkennen, sind die Erzeugnisse weder für den Gesamtwirtschaftsmarkt voll konkurrenzfähig in ihrer Qualität, noch kann Rußland allzuviel davon entbehren, soll nicht der innere Konsum schwer darunter leiden.

Immer wieder erfreuen die neuzeitlich erstatteten riesenhaften Hallenbauten, die zumeist ohne innere Träger geschaffen wurden und gleichzeitig ein Musterbild moderner Architektur geben.

E. Dittmer

Die deutschen Arbeitnehmer und die Leipziger Messe

Als regelmäßiger internationaler Großmarkt bezweckt die Leipziger Messe, Verkäufer (Produzenten) und Einkäufer (Importeure, Exporteure, Großhändler, Einzelhändler) von Industriewaren in möglichst großer Zahl und zu möglichst umfangreichem Umsatze zusammenzuführen. Das Ziel der Messe ist also rein volkswirtschaftlich: Anregung der Nachfrage, Förderung des Absatzes. Die Musterchau, die dem Messerverkehr als Grundlage dient, ist nicht, wie bei den ihr äußerlich sehr ähnlichen Ausstellungen, Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck. Dadurch, daß ein jeder Aussteller von einem jeden Warentyp, den er auf der Messe verkaufen will, ein Probefstück — „Meßmuster“ — ausstellt, wird dem Einkäufer die Orientierung, der Vergleich und die Auswahl ermöglicht; auf Grund der Besichtigung der Muster erteilt er dem Aussteller die Aufträge, die sodann von der Fabrik oder vom Fabriklager aus ausgeführt werden. „Messefähig“ sind daher alle Warengattungen, die nach Mustern in beliebiger Anzahl direkt vom Fabrikationsort lieferbar sind. — Für die Auftragsbeschaffung der deutschen Industrie hat die Leipziger Messe zumal nach dem Kriege und im besonderen auch durch Anschluß neuer Fachgruppen — Technische Messe, Baum-



Technische Messe

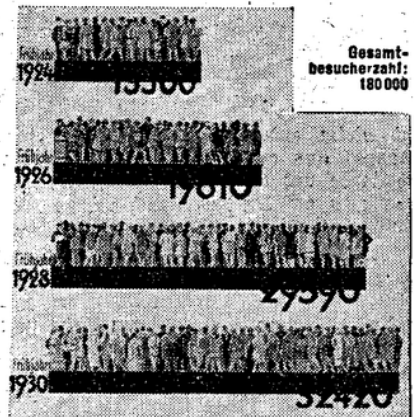
messe, Textilmesse usw. — immer größere Bedeutung gewonnen, vor allem im Hinblick auf den Export. Etwa 12 Proz. der deutschen Fertigwarenausfuhr werden heute durch die Leipziger Messe unmittelbar (direkte Messeaufträge) und mittelbar (nach der Messe zum Abschluß führende Messeanbahnungen, sowie Nachbestellungen) bewirkt. Für die auf der Messe ausstellenden Industrien bedeuten — nach einer Untersuchung des Nürnberger Instituts für Wirtschaftsbeobachtung, die sich aufs Jahr 1929 bezieht — die Messeaufträge überhaupt einen Anteil von durchschnittlich 7,5 Proz. am Jahresumsatz. — Die Auftragsbeschaffung durch die Leipziger Messe ist nach alledem ein wichtiger Faktor für den Beschäftigungsgrad zahlreicher Zweige der deutschen Fertigindustrien und somit auch für deren Arbeitnehmer zweifellos von großem Interesse. In Verbindung hiermit treten zwei Fragen in den Vordergrund: Wieviel Arbeitnehmer sind hinsichtlich ihrer Beschäftigungsmöglichkeiten vom Verlauf der Leipziger Messe abhängig, und in welchem Grade gibt sich solche Abhängigkeit kund? Auf die erste Frage hat bereits 1925 eine Untersuchung des Statistischen Reichsamts geantwortet, die eine Gegenüberstellung zwischen der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 und den Ausstellern der Leipziger Frühjahrsmesse 1925 durchführte. Wie sich hierbei zeigte, hatten 61 Proz. der Messeaussteller Betriebe, die bis zu 50 Personen beschäftigten, während die übrigen 39 Proz. auf Betriebe mit 51 und mehr beschäftigten Personen entfielen. Als Gesamtzahl der überhaupt in Betrieben von Leipziger Messeausstellern beschäftigten Personen wurden 2.070.000 ermittelt. Demnach ist — was im wesentlichen auch heute unverändert gilt — mehr als ein Achtel aller deutschen gewerblichen Arbeitnehmer in seiner Beschäftigung von der Leipziger Messe abhängig. Die Bedeutung der Leipziger Messe für die deutschen Arbeitnehmer erstreckt sich ziemlich gleichmäßig auf die verschiedensten deutschen Industrieregionen. Auf Sachsen, Groß-Berlin, Bapern, Rheinland-Westfalen, Thüringen, Württemberg-Baden, Frankfurt-Offenbach entfallen die wesentlichsten Ausstellerkontingente. — In welchem Grade wird durch die Leipziger Messe Arbeit für deutsche Arbeitnehmer beschafft? Die Beantwortung dieser zweiten

Frage ist selbstverständlich von der jeweiligen Konjunkturgestaltung abhängig, die die einzelne Messe antrifft. Eine Enquete im Anschluß an die Leipziger Frühjahrsmesse 1929 ergab, daß jede Messe den reichsdeutschen Ausstellern eine Beschäftigung durch direkte Messeaufträge von 21,9 Millionen Arbeitstagen einbrachte. Das bedeutet, bei Berücksichtigung auch der mittelbaren Messeauswirkungen (Anbahnungen und Nachbestellungen) eine Ganzjahresbeschäftigung für rund 150.000 Arbeiter durch eine einzige Messe. Anschließend an die vorjährige Leipziger Frühjahrsmesse wurden diese Untersuchungen noch weiter ausgebaut. Für eine ganze

Reihe von Branchen wurde durch direkte Befragung der Ausstellerfirmen ermittelt, wieviel von den in Leipzig erzielten Messeaufträgen durch Neuanfertigung ausgeführt werden mußte, und ferner, wie diese Neuanfertigung sich in Beschäftigung von Arbeitnehmern auswirkte. Der Anteil der Neuanfertigungen an den Messeaufträgen kam bis zu 77 Proz. (bei den Glaswaren). Die Zahl der Arbeitstage, die die Neuanfertigung den beteiligten Belegschaften im Durchschnitt sicherte, belief sich bei Möbeln und Korbmöbeln auf 15, bei Glaswaren auf 17, bei Leder- und Reiseartikeln auf 17, bei Bürobedarf auf 19, bei Beleuchtungskörpern auf 20, bei

Kurz- und Galanteriewaren auf 20, bei Musikinstrumenten auf 21, bei Keramik auf 25, bei Kunstgewerbe auf 28, bei Spielwaren auf 30.

Nach sich berührt es das Wirtschaftsinteresse des Arbeitnehmers ja nicht, durch welche Werbungsart die Aufträge beschafft werden, ob durch Vertreter und Reisende oder durch Muster- und Prospektversand oder durch Messen und Ausstellungen. Erst dann wird diese Frage für ihn wichtig, wenn es sich darum handelt, ob durch irgendeine Werbemethode eine zusätzliche Auftrags- und Arbeitsbeschaffung möglich wird, also die Gewinnung von Aufträgen, die man bei Verzicht auf die betreffende Werbeweise nicht erzielen würde. Solche zusätzliche Arbeitsbeschaffung findet durch die Leipziger Messe in hohem Grade statt, namentlich auch, was den Export betrifft. Das hat vor wenigen Jahren der damalige Reichsarbeitsminister Dr. h. e. Rudolf Wisseil persönlich in viel beachteten Ausführungen hervorgehoben. Die Auslandswerbung der Leipziger Messe leistet tatsächlich eine Pionierarbeit für den deutschen Export. Sie erweckt durch Hinweis auf deutsche Erzeugnisse neue Warenbedürfnisse im Ausland und sorgt inmitten eines scharfen internationalen Wettbewerbs dafür, daß in steigendem Maße die Industriewaren-Nachfrage des Auslands sich für die deutschen Erzeugnisse interessiert. Die Leip-



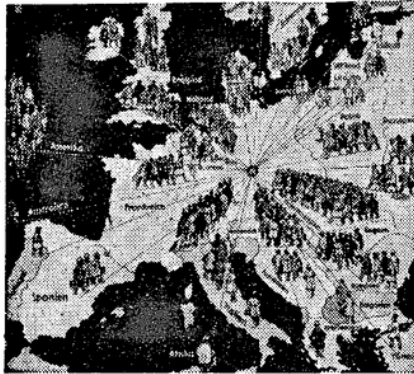
Die Besucherzahl der Leipziger Messe betrug: 1924: 13.300; 1926: 19.810; 1928: 29.590; 1930: 32.420.

ziger Messe hat heute elf eigene Geschäftsstellen und mehr als 200 ehrenamtliche Vertretungen an den wichtigsten Plätzen von 86 Ländern aller Erdteile. Dank dieser Werbung haben rund 45.000 Auslandseinkäufer die Leipziger Frühjahrsmesse und Herbstmesse 1930 besucht, was in einem unmittelbaren und mittelbaren Messe-Exportumsatz von etwa einer Milliarde Mark resultierte. Ein wesentlicher Teil dieses Exportumsatzes wäre ohne die Leipziger Messe nicht erzielt worden. Darin bekundet sich also die zusätzliche Auftragsbeschaffung durch die Leipziger Messe und ihr direkter Nutzen auch für den Arbeitnehmer. Was die Leipziger Messe über die eigentliche Geschäftsanhahnung hinaus überhaupt propagandistisch für den Weltraum deutscher Erzeugnisse bedeutet, läßt sich zahlenmäßig natürlich schwer erfassen. Am besten informiert uns darüber die Bemühung ausländischer Industrien, es der Leipziger Messe durch ähnliche Veranstaltungen gleichzutun.

Die Leipziger Weltmesse als Konjunkturförderer

An den Verlauf und Erfolg der diesjährigen Frühjahrsmesse in Leipzig wurden keine übertriebenen Hoffnungen geknüpft. Die Weltwirtschaftskrise, die Millionen Arbeitslose, das Daniederliegen zahlreicher Industrien und Gewerbe und alle diese Merkmale einer abnormalen Zeit, ließen von vornherein erkennen, daß von einer wesentlichen Verkaufstätigkeit auf der internationalen Mustermesse keine Rede sein konnte.

Von den unruhigen Perioden nach der Inflation abgesehen, dürfte keine Messe in einer so trüben Zeit stattgefunden haben, wie diesmal. Wenn die Kaufkraft der Konsumenten derartig geschwächt ist, so hofft man nicht auf ein gutes Geschäft. Dennoch ist die Zahl der Ausstellerfirmen nur geringfügig zurückgegangen. Aus dem Reichsgebiet nahmen 7963 (im Vorjahr 8353) Ausstellerfirmen an der Messe teil. Aus dem Auslande waren 1154 (1207) Ausstellerfirmen erschienen. Außer Deutschland hatten 23 Länder Muster ihrer Waren in Leipzig ausgestellt.



Ausländerbesuch
der Leipziger Frühjahrsmessen 1924—1930

Das sollte man kaum für möglich halten, Japan mit 287, ihm folgte Oesterreich mit 219, die Tschechoslowakei mit 130, Dänemark mit 84, Italien mit 72, Polen mit 51, Frankreich mit 50, England mit 47, die Schweiz mit 45 usw. Ausstellerfirmen. Ertümmelt waren Norwegen und Finnland mit eigenen Kollektivmuster-schauen erschienen. Man bedenke, welche Tätigkeit dazu gehört, einen so riesenhaften Apparat in Bewegung zu setzen. Die starke Beteiligung des Auslandes als Aussteller beweist aber, daß auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1931 ein Konkurrenzkampf von noch nie dagewesenem Ausmaß entbrannt war. Es war ein harter Kampf um jeden einzelnen Kunden, der teilweise nur unter großem Preisdruck für die einzelne Firma gewonnen werden konnte. Jede Messe hat bisher eine gewisse Hoffnung in sich getragen. Diesmal war es der Glaube, daß infolge der Zurückhaltung des Handels, der Preisenkungsaktion usw. die Lager so geleert seien, daß es nur eines Anstoßes bedürfe, um sie wieder aufzufüllen. Ob dieser Glaube sich im allgemeinen als richtig erwiesen hat, steht in diesem Augenblick noch keineswegs fest. Die Käufer waren diesmal nach Leipzig gekommen, um hier zu außerordentlich billigen Preisen einkaufen zu können. Die scharfe Wirtschaftskrise, die Preisabbauphänomene und viele andere Merkmale haben diesen Glauben genährt. Teilweise war in der Tat ein großer Preisrückgang in Leipzig zu verzeichnen. Ob er ausreicht hat, um das Geschäft wesentlich zu beleben, kann man nicht bestimmt behaupten.

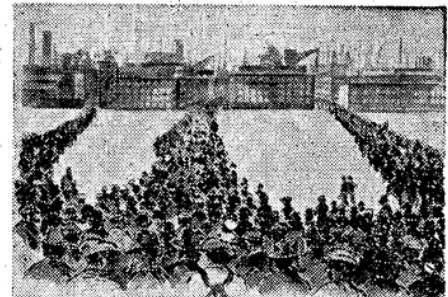
Wie aber auch der Preisabbau erfolgt sein mag, er dürfte den Kaufkraftschwund durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen nicht ausgleichen haben. Die Bedeutung der Leipziger Messe als Exportförderer darf nicht verkannt werden. In der Tat leistet das Leipziger Messteam hierfür durch seine Werbetätigkeit außerordentlich viel. Die Tätigkeit der elf eigenen Geschäftsstellen und mehr als 200 ehrenamtlichen Vertretungen an den wichtigsten Plätzen aller Erdteile bedeutet für die deutsche Industrie ein Aktivum. Durch die unablässige Propaganda der Vertreter des Leipziger Messtams werden deutsche Waren in allen Ländern bekannt gemacht. Deshalb verdient die Leipziger Messe jede mögliche Unterstützung. Wenn man bedenkt in wie hohem Maße andere Länder die Exportwerbung geldlich unterstützen, so erscheint es einem unbegreiflich, daß der geringe Zuschuß des Reiches für die Leipziger Messe abgebaut wurde. Von der deutschen Fertigwarenausfuhr werden etwa 12 Proz. durch die Leipziger Messe unmittelbar bewirkt. Im Frühjahr 1930 betrug die Zahl der nach Leipzig gekommenen Messebesucher rund 32 000. In diesem Jahre dürfte ebenfalls eine angemessene Zahl erreicht sein, wenn auch die Zahl der Einkäufer z. B. aus den Vereinigten Staaten wesentlich niedriger als im Vorjahre war. Es gibt keine bessere Gelegenheit, dem Auslande die Erzeugnisse

der deutschen Fertigwareindustrie in solcher Aufmachung zu zeigen wie alljährlich in Leipzig. Wir sind deshalb davon überzeugt, daß auch die diesjährige Messe sehr wesentlich zur Verstärkung der Ausfuhr deutscher Industriewaren beigetragen hat. Auf der anderen Seite bildet die Leipziger Messe einen internationalen Warenmarkt infolge der Zurschaustellung der Waren aus 24 Ländern. Etwa zwei Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte sind in der Exportindustrie tätig. Jede Steigerung der Ausfuhr bedeutet naturgemäß eine Minderung der krisenhaften Auswirkung der Wirtschaftslage und eine Mehrbeschäftigung deutscher Arbeiter. Will man dieses Ziel erreichen, so darf man sich logischerweise nicht gegen die Einfuhr fremder Waren absperrn. Der Vertreter der Auslandspresse, ein holländischer Journalist, hat beim Presseempfang in seiner Rede u. a. folgende Sätze nicht ohne Absicht geäußert: „Mehr als je scheint es mir erwünscht, daß die mächtige Stimme dieses Weltmarktes sich erhebt gegen eine Zollpolitik, welche sich zu überspizen droht, und die die Möglichkeit des internationalen Warenaustausches immer mehr zurückdrängt. Man kann verstehen, daß die Leipziger Messe in allen Weltteilen um ihren Besuch wirbt. Man sollte sich aber darauf vorbereiten, daß das Ausland auf die Dauer auf diesen Ruf antworten könnte: Aber, wo stecken Sie denn? Durch die hohen Zollmauern können wir Sie ja gar nicht mehr wiederfinden!“ Diese Bemerkung eines Ausländers, der Deutschland kennt, sollte unseren Regierungsmännern zu denken geben. Das Ausland ist durchaus nicht bereit, deutsche Waren in Massen aufzunehmen, wenn man das eigene Land den fremden Waren verschließt.

Bei allem Vorzug der Leipziger Messe, bezüglich der Ausfuhrsteigerung, darf der inländische Markt nicht vergessen werden. Der größte Teil der in Leipzig zur Schau gestellten Waren wird und muß im Inland verbraucht werden. Die Inlandspropaganda sollte deshalb energisch in Angriff genommen werden. Jedoch ist auf einen Erfolg derselben nur zu hoffen, wenn das Inland kaufkräftiger gemacht wird. Die Kaufkraft des Inlandes ist durch Lohn- und Gehaltsenkungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit derartig geschwächt, daß eine Abkühlung von nie gekanntem Schwere eingetreten ist. Das kaufende Publikum in Deutschland wartet auf die Preisenkung deutscher Industrieerzeugnisse vorläufig noch vergebens. So gute, brauchbare und reizende Sachen die deutsche Industrie auf der Musterchau in Leipzig auch zur Schau stellt, letzten Endes kommt es nicht auf die Zurschaustellung, sondern auf die Absatzmöglichkeit an. Diese wird von der Kaufkraft gerade der breitesten Bevölkerungsschichten bestimmt. Wenn man auf der einen Seite für Lohn- und Gehaltsabbau eintritt, dann kann man auf der anderen Seite keine Geschäftsbelebung erwarten.

Es dürfte zu weit führen über die Ergebnisse für die einzelnen Branchen zu berichten. Es sind gute, mittelmäßige und schlechte Geschäfte gemacht worden. Das gleiche kann man von den einzelnen Firmen sagen.

Wir sind überzeugt davon, daß die diesjährige Frühjahrsmesse der Konjunktur einen Anstoß gegeben hat. Die Lager sind z. T. geräumt, der Groß- und Einzelhandel ist gezwungen, zu Eindeckungen zu schreiben. In Leipzig hatte man Gelegenheit zu beobachten, in welchen Waren man vorteilhaft kaufen kann. Somit wird die Leipziger Messe zu ihrem Teil dazu beitragen, einen Umschwung in der deutschen Wirtschaftslage herbeizuführen. Wenn man die technische Messe zu beobachten Gelegenheit hatte, konnte man zu der Ueberzeugung kommen, daß mit der Indienststellung dieser Maschinen und Apparate der Produktionsapparat noch mehr überflüssig werden könnte. Aber solange nützliche, notwendige, für den Bestand des Lebens und der Kultur unentbehrliche Güter erzeugt werden, ist keine Ueberproduktion zu verzeichnen. Raum und Absatzfähigkeit ist für alle Waren und Gebrauchsgegenstände noch vorhanden.



Die Messeaufträge des Jahres 1930 brachten den auf der Leipziger Messe ausstellenden Betrieben Beschäftigung für 151 000 Arbeiter auf ein volles Jahr

Zodeskampf der Freiheit

VI.

Vom August zum Oktober hatten die Ereignisse einen sehr schnellen Lauf genommen. Sobald die Sozialisten besiegt waren, existierte kein Hindernis mehr für das Vordringen des Faschismus, der nach einem Bilde Bernard Shaws die Gegenwehr der bürgerlichen Parteien so schnell durchschlugen hatte wie eine Kugel ein Stück Butter.

Die letzten Zuckungen in diesem Ringen zwischen dem Proletariat und den Faschisten waren entsehllich gewesen. Novara, Genua, die Romagna, Treviso, Trient hatten grimmigen Widerstand geleistet. Ueberall waren die Schwarzhemden gegen die proletarische Verteidigung angerannt, die den Arbeitern noch dadurch erschwert wurde, daß sich auch die Polizeimittel des Staates gegen sie kehrten.

Parma hat seiner heroischen revolutionären Ueberlieferung eine neue Seite hinzugefügt. Beim Nahen der faschistischen Banden, die Herr Balbo, der heutige Minister für Luftschiffahrt, befehligte, hatte sich die ganze Bevölkerung erhoben. Durch das Läuten der Sturmglocken hatte man die Bürger zu den Waffen gerufen. Es waren Schützengräben aufgeworfen worden. Die Frauen warfen sich in den Kampf, die ganze Arbeiterschaft, bis die Schwarzhemden es vorzogen, sich zurückzuziehen.

Im allgemeinen aber war es für die Arbeiterklasse unmöglich, ihre eigene Verteidigung und gleichzeitig die der staatlichen Institutionen zu führen. Der liberale Staat lag in den letzten Zügen. Die obersten Schichten des Bürgertums erkannten nur noch im Faschismus das Exekutivkomitee ihrer Interessen, während auch die Mittelklassen immer mehr in den Bannkreis des Nationalismus kamen. Es gab auf dem Wege des Faschismus nur noch ein Hindernis: die Monarchie.

Nach seiner Methode, die darin besteht, sich denen zu beugen, die er nicht zerbrechen kann, hatte Mussolini öffentlich der Monarchie seine Huldigung dargebracht in der am 20. September in Udine gehaltenen Rede. In nachfolgenden Erklärungen hatte er sich weiter Mühe gegeben, nicht nur den König und die Hoffinanz, sondern auch die Arme und die Bürokratie über seine Haltung zum Königtum zu beruhigen. Man hatte ihm die Worte des Generals Badoglio, des Chefs des Generalstabs, hinterbracht: „Fünf Minuten Feuer, und man hört nie mehr vom Faschismus reden.“ Er antwortete darauf in seiner Zeitung, indem er auf das Grauenhafte eines Konflikts unter Patrioten hinwies. Uebrigens gab es auch im Heere und sogar bei Hofe eifrige Parteigänger des Faschismus. Unter ihnen den Herzog von Aosta, den Vetter des Königs, der bei der Machtergreifung des Faschismus eine große Rolle gespielt hat.

Indirekte Verhandlungen zwischen Giolitti und Mussolini, bei denen der Präsekt von Mailand den Vermittler spielte, und die die Bildung eines nationalen Kabinetts zum Ziele hatten, waren auf Veranlassung wenn nicht des Königs, so doch des Hofes angeknüpft worden. Es kam nicht zu einem Einverständnis, weil man sich über die Einzelheiten bei der Vergebung der Ministerportefeuilles nicht einigen konnte. Mussolini selbst gab dies in der Rede bekannt, die er am 25. Oktober in Neapel hielt und mit folgendem Aufruf schloß:

„Man will uns die Regierung nicht geben? Nun gut, dann werden wir sie uns nehmen.“

Als er zwei Tage später erfuhr, daß man in Mailand und Rom intrigierte, um ihm eine konservative Regierung entgegenzustellen, entschloß sich Mussolini zum Marsch auf Rom.

Die Telegramme, die in dieser Nacht aus den Provinzen kamen, waren nicht besonders alarmierend. In Rom war alles ruhig. Nur aus Civitavecchia wurde ein Konflikt gemeldet. Dagegen hatten die Faschisten in Bologna und in Toscana ohne einen einzigen Schuß die Befehle ihres „Quadrupvirats“ ausgeführt und die öffentlichen Gebäude und die Bahnstationen besetzt. Die faschistischen Truppen waren in Perugia zusammengezogen, wo sich das faschistische Hauptquartier befand, dem, außer den Agitatoren Bianchi, Balbo und de Vecchi, ein aktiver Offizier des Heeres, der General de Bono, angehörte.

Inzwischen taute die zurückgetretene Regierung, die von den Cremonesen überrumpelt war, im Ministerium des Innern...

In den großen Städten Oberitaliens erfolgte die Mobilmachung der Schwarzhemden fast im geheimen. Es wurde keinerlei Versuch gemacht, sich der Straße zu bemächtigen oder Demonstrationen zu veranstalten.

Der Morgen des 28. Oktober zog kalt und grau herauf als sich den „Auantti“ verließ, um einen Spaziergang durch die Stadt

zu machen. Schon hatten die ersten Ausgaben der Zeitung die Nachrichten der vorigen Nacht verbreitet. Der „Corriere della Sera“, der zwei Jahre hindurch den Faschisten gegen die Sozialisten die Stange gehalten hatte, nahm plötzlich in entschiedener Weise gegen den geplanten Gewaltstreik Stellung. In den Cafes, wo zahlreiche Arbeiter auf dem Wege in die Fabrik haltmachten, wurden die Ereignisse lebhaft kommentiert.

Der den Betrieben standen die Arbeiter in Gruppen. Um den militärisch besetzten Bahnhof lungerten Faschisten. Die Präsektur war sehr offenkundig von Soldaten besetzt. Polizeiplozons befanden sich an den wichtigsten Kreuzungspunkten. Um die Redaktion des „Popolo d'Italia“, wo sich Mussolini aufhielt, war ein sehr diskreter Militärkordon gezogen. Der Faschistenführer hatte in der Nacht versucht, das 11. Regiment der Bersaglieri zur Meuterei zu bringen. Anstatt ihn zu verhaften, hatte man ihn an die Luft gesetzt. Die Großindustrie und die Banken traten ganz offen für den Staatsstreik ein. Man hatte Mussolini zwanzig Millionen Lire zur Verfügung gestellt, um den Marsch auf Rom zu finanzieren. Die Börse war für die Diktatur.

Dagegen ließ die Präsektur durchblicken, daß die Regierung gewillt wäre, durch schnelles und entscheidendes Vorgehen im Lande Ordnung zu machen. In der Tat wurde gegen zehn Uhr morgens ein Aufruf der Regierung angeschlagen, der sehr energisch gehalten war. Es hieß darin:

„Gegenüber aufständischen Versuchen hat die zurückgetretene Regierung die Pflicht, mit allen Mitteln und um jeden Preis die öffentliche Ordnung zu schützen. Und sie wird diese Pflicht voll und ganz erfüllen, um das Leben der Bürger und die freien Institutionen der Verfassung sicherzustellen.“

Wir erwarten, daß die Bürger sich ruhig verhalten und den Maßnahmen vertrauen, die angeordnet sind.

Es lebe Italien! Es lebe der König!

Unterzeichnet: Facta, Schanze, Amendola, Taddai, Alessio, Bertone, Soleri, de Dito, Anile, Riccio, Bertini, Rossi, dello Sbarba, Fulci, Luciani.“

Im Laufe des Nachmittags bestätigte ein offizielles Kommuniqué die Absicht der Regierung, die öffentliche Ordnung und die Verfassung zu verteidigen. „Der Ministerrat“, hieß es darin, „hat beschlossen, in allen Provinzen des Königreichs von heute 12 Uhr mittags des 28. Oktober an den Belagerungszustand zu proklamieren. Seit heute nacht tagt der Ministerrat ununterbrochen im Palast des Diminal zur Erteilung der notwendigen Befehle.“

Kurze Zeit darauf wurden die strategischen Punkte der Stadt militärisch besetzt. An den wichtigen Straßenkreuzungen wurden Maschinengewehre aufgestellt.

Die Faschisten und ihre Anhänger waren erschreckt und verbüßt. Mussolini wußte sehr wohl, daß im Falle des Zusammenstoßes die große Mehrheit der Bevölkerung mit dem Heere gemeinsame Sache gegen die Schwarzhemden machen würde. Er dürfte damals sein Spiel für verloren gehalten haben. Schon brachten seine Freunde beunruhigende Gerüchte in Umlauf und bestätigten die Berufung Salandras. Da erschien eine neue Bekanntmachung der Präsektur, die alle faschistischen Herzen erleichterte und ihnen ihre Begeisterung zurückgab. Die Proklamierung des Belagerungszustandes war widerrufen worden. Was ging nun in Rom vor?

Zwischen der Verfassung und denen, die die Verfassung verneinten, zwischen dem Parlament und dem Aufstand, zwischen der Regierung, die schwach sein mochte, aber die einzige legitime Regierung war, und der Meuterei wählte Diktator Emanuel III., „von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes“ König von Italien, die Verneiner der Konstitution, den Aufstand und die Meuterei.

Als man in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober dem Ministerpräsidenten Facta mitteilte, daß Mussolini die Fahne der Revolte aufgefpanzt hatte, fiel der biedere Mann aus allen Wolken. Welches Pech! Endlich war er von der Regierung zurückgetreten, und gerade in diesem Augenblick der Erlösung mußte er es mit Freianfassen aufnehmen, die größer waren als er. Er berief den Ministerrat, der zum größten Teil aus Menschen bestand, die wie er sich auf die beste Art aus der Sache ziehen wollten. Nur zwei Minister führten ihren Kollegen die Verantwortlichkeit vor Augen, die auf ihnen lastete. Das waren Amendola, den das Zufallsstiel der Diktatur zum Minister der Kolonien gemacht hatte, neben Dittiboni, die er sicher tief verachtete, und der Minister des Innern, Taddai, der genau wußte, daß seine Karriere auf immer zerstört werde, wenn es ihm nicht gelang, die Ordnung wiederherzustellen.

Der Faschismus in Italien

APK. Die Diktatur in Italien hat alle rechtsstaatlichen Institutionen zum Schutze der persönlichen Freiheit beseitigt. Es gibt weder ein Briefgeheimnis, noch eine Unverletzlichkeit der Wohnung, noch einen gesetzlichen Schutz gegen willkürliche Verhaftungen, sei es auch für einige Wochen, ohne daß man nach einer Begründung, einem richterlichen Haftbefehl oder einer richterlichen Vernehmung fragen darf.

Nach dem Sicherheitspolizeigesetz vom 26. November 1926 ist der Polizeidirektor jedes Bezirkes verpflichtet, dem Präfekten neben Landstreichern und einigen anderen auch solche Personen anzuzeigen, die durch die öffentliche Meinung als der nationalen Staatsordnung gefährlich verurteilt sind. Die Angezeigten haben vor einer Kommission, bestehend aus dem Präfekten, dem Staatsanwalt, dem Gendarmeriekommandanten und einem Milizoffizier zu erscheinen, welche über sie die polizeiliche Verurteilung verhängen kann, die mit genauen Vorschriften über die Lebensweise für die Dauer von zwei Jahren verbunden ist. Die gleiche Kommission kann aber noch mehr. Sie kann die polizeiliche Verbannung in der Dauer von ein bis fünf Jahren gegen solche Personen aussprechen, die ihrer Meinung nach der öffentlichen Sicherheit gefährlich sind; nämlich einmal gegen die Verurteilten, dann aber auch gegen jeden, der Handlungen begangen oder Handlungen zu begehen offenbar (!) vorhat, die den gewalttätigen Umsturz der nationalen, sozialen oder gesellschaftlichen Ordnung des Staates oder den Widerstand gegen die Staatsgewalt oder die Behinderung (!) der Tätigkeit derselben zum Zwecke haben, so daß eine Beeinträchtigung der nationalen Interessen in bezug auf die innere oder äußere Staatslage entsteht. Der Ort der Verbannung, der auch in den Kolonien liegen kann (meist handelt es sich um öde Inseln), wird vom Minister des Innern bestimmt. Eine Beschwerde gegen das Urteil jener Kommission hat keine aufschiebende Wirkung. Sie ist nur zulässig an eine Kommission, die aus dem Unterstaatssekretär im Innenministerium, dem Generaladvokaten am Appellgericht in Rom, dem obersten Polizeichef, einem Gendarmeriegeneral und einem General der faschistischen Miliz besteht. Den Verbannten wird Lebensweise und Beschäftigung von der überwachenden Polizeibehörde genau vorgeschrieben. Er darf den Verbannungsort bei Haftstrafe nicht verlassen, erhält einige Lire Tagegeld; um seine Familie, die er nicht mitnehmen darf, kümmert sich der Staat nicht. Man hat diesen Bestimmungen, die an Dehnbarkeit gewiß nichts zu wünschen übrig lassen, auch darüber hinaus noch eine Anwendung gegeben, die sich selbst mit diesem Gesetz nicht vertrug. So wurden nicht nur Wucherer und Hausbesitzer, die sich gegen eine Herabsetzung der Mieten sträubten, sondern einfach politisch mißliebige, wenn auch durchaus ruhige und unbescholtene Personen in die Verbannung geschickt. Es sind sogar Fälle vorgekommen, in welchen faschistische Organe ökonomische und erotische Konkurrenten auf diese Weise beseitigt haben.

Der inneren Logik der Diktatur entspricht es, daß das Recht der freien Meinungsäußerung in allen seinen Formen aufgehoben wird. Diese geistige Unterdrückung durch die faschistische Diktatur wird von den Italienern, einem intelligenten alten Kulturvolk, besonders schwer empfunden. In Italien darf heute grundsätzlich keine andere als die jeweilige faschistische Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise geäußert werden. Das vorsichtige Kopfschütteln nach allen Seiten, bevor man das gleichgültigste politische Wort äußert, ist bereits zur italienischen Nationaleigenart geworden. Den Diktator oder wichtigere Parteiführer nennt niemand gern mit richtigem Namen. Durch das Sicherheitspolizeigesetz ist das gesamte Vertriebsgeschäftsgewerbe genehmigungspflichtig gemacht und alle Erzeugnisse sind verboten und der polizeilichen Beschlagnahme übergeben, die der nationalen Staatsordnung widersprechen oder die nationale Würde, das nationale Ansehen, die Würde, oder das Ansehen der Behörden, die Sittlichkeit, den öffentlichen Anstand oder einzelne Bürger verletzen oder beleidigen. Nichts, kein Schriftstück, kein Plakat, kein Grabstein darf ohne polizeiliche Genehmigung veröffentlicht bzw. errichtet werden.

Restlos beseitigt ist auch die durch die Verfassung sowie des Artikels vom 26. März 1848 verfassungsrechtlich garantierte Pressefreiheit. Die Presse, als das wichtigste Mittel der öffentlichen Meinungsbildung, hat die faschistische Partei durch Gewalt, wo es nicht anders ging, auch durch Geld, und schließlich auf

geleglichem Wege monopolisiert. Gewaltakte gegen die Presse wurden nicht nur von untergeordneten Stellen, sondern auch vom Ministerpräsidenten Mussolini selbst angeordnet. Am 31. Oktober 1923 war die Redaktion und Druckerei des kommunistischen „Lavoratore“ in Triest ausgeplündert worden. Im März 1924 telegraphierte Mussolini an den Präfekten von Mailand: „... Wenn sich innerhalb weniger Tage die Dinge (die Haltung des sozialistischen „Avanti“, d. V.) nicht ändern, werde ich anordnen, daß die bereits gegen die kommunistische Zeitung von Triest angewandten Maßnahmen auch in diesem Falle in Kraft treten.“ Abgesehen von solchen Verwüstungen und persönlichen Mißhandlungen wurde von der Derwaltung innerhalb der gesetzlichen Vorschriften gearbeitet. Nachdem die sozialistische „Giustizia“ im Jahre 1925 zwei Wochen lang täglich beschlagnahmt worden war, erschien sie nur noch mit den schematischen Ueberschriften: „Stadtneuigkeiten“, „Theater“, „Letzte Nachrichten“ usw. Sie wurde, als „geeignet den öffentlichen Frieden zu stören“, auch in dieser Form beschlagnahmt. Die demokratischen Blätter „Mondo“ und „Risorgimento“ verfielen 66 Tage hintereinander der Beschlagnahme, obwohl sie nur offizielle Telegramme und nur solche Artikel abdruckten, die bereits in anderen Blättern veröffentlicht waren. Mit den Zeitungen der katholischen Volkspartei verfuhr man ähnlich. Wo alles andere nicht half, wurde das Blatt gekauft. Die Turiner „Stampa“ z. B. wurde dem Besitzer gegen seinen Willen für vierzig Millionen abgenommen.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Zeitungen dürfen nur nach vorheriger Genehmigung und Kautionsstellung erscheinen, die Ausübung des journalistischen Berufs ist abhängig von der Eintragung in die Berufsliste. Niemand darf eingetragen werden, der sich in seiner öffentlichen Betätigung im Gegensatz gebracht hat „zu den Interessen der Nation“; aus den gleichen Gründen kann die Streichung eines eingetragenen Journalisten erfolgen. Ueber die Zulässigkeit der Eintragung entscheidet ausschließlich eine faschistische Journalistenkommission. Sie hat alle zurückzuweisen, die nicht Faschisten sind oder ihre bisherige geistige Haltung nicht schriftlich verlegen. Der verantwortliche Leiter der Zeitung kann jederzeit abberufen werden vom Präfekten, der auch das Recht hat, die Genehmigung der Zeitung jederzeit zu widerrufen.

Alle diese Sicherungen konnten die Diktatur aber noch nicht beruhigen. Die Zeitungen erhalten außerdem tägliche telephonische Anweisungen des Präfekten, die schriftlich aufzunehmen streng verboten ist, über alle zu behandelnden und nicht zu behandelnden Fragen, über die Art der Behandlung, über die Rubrik, unter der sie zu erscheinen haben, manchmal sogar über die zu verwendende Schrifttype. So wurde z. B. am 3. September 1926 verboten, Einzelheiten über den Betrug zu berichten, durch den sich ein faschistischer Rechtsanwalt als Beamter der Rechtsabteilung der Sparkasse von Mailand 200 000 Lire erschwandte. Am 23. September 1926 wurde auf Befehl des Regierungschefs verboten, die Anträge des Staatsanwalts in der Voruntersuchung über den Tod des Faschisten Euporini und des Antifaschisten Becciolini in Florenz zu veröffentlichen; ferner wurde am gleichen Tage verboten, irgendeine Mitteilung zu machen über das ökonomische, finanzielle und politische Eindringen Italiens in Albanien. Am 13. Oktober 1926 wurde die Veröffentlichung von Nachrichten über die Diebstähle italienischer Soldaten in Meraner Hotels verboten. Dementsprechend besteht der Inhalt der italienischen Presse aus offiziellen Veröffentlichungen der Ministerien und Präfekturen, aus offiziellen Nachrichten und Artikeln der faschistischen Partei sowie aus vorzensurierten Mitteilungen.

Um die Freiheit der Wissenschaften steht es in der Diktatur nicht viel besser. Das genannte Gesetz vom 24. Dezember 1924, das jeden Tag erneuert werden kann, hatte die beamteten Professoren jederzeit aus allgemeinen politischen Gründen für absehbar erklärt. Für sie, wie für die nichtbeamteten Gelehrten genügen aber meist schon Derwaltungsschikanen. Dabverweigerung, zeitweilige Verhaftung, Absehung von der Leitung wissenschaftlicher Institute oder Vereinigungen, auf die die Regierung immer Einfluß hat und, wenn all diese Maßnahmen nichts nützen, die von der Regierung mindestens geduldet „action directe“, die mißliebige Gelehrte nicht selten persönlich bedroht, ihre Bibliotheken verbrannt und ihre Wohnungen zerstört hat.

Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit, Koalitionsfreiheit, alles das gibt es nur für Faschisten. In der Unterdrückung der Vereinsfreiheit ist die ganz besonders

gehässige Tendenz gegen die geistig-sozialen Kräfte bemerkenswert; daß die Lehrer an den höheren und den Hochschulen schärfer angefaßt werden, als z. B. die Volksschullehrer, entspricht nach der Meinung des Florentiner Staatsrechtslehrers Siotto-Pintor der innersten Logik der Diktatur, „da die höheren geistigen Elemente einer jeden modernen Gesellschaft von Natur freiheitlich gesinnt und darum politisch verdächtig sind“. Auch alle faschistischen Vereine sind in ihrer Existenz völlig abhängig vom freien Ermessen der diktatorischen Exekutive. Durch das Sicherheitspolizeigesetz werden Vereinigungen jeder Art verpflichtet, der Polizei ihre Statuten, ihr Mitgliederverzeichnis und jede andere Auskunft binnen zwei Tagen nach der Anfrage mitzuteilen. Der Präfekt kann jede Art von Vereinigung auflösen, sowohl wenn die erwähnte Auskunft ausbleibt, falsch oder unvollständig ist, wie auch dann, wenn der Verein „eine der nationalen Staatsordnung entgegengelegte Tätigkeit“ entfaltet. Eine Beschwerde geht an den Innenminister, gegen dessen Entscheidung aber jede Berufung, sei es auch aus Gesetzmäßigkeitsgründen, unzulässig ist. Staats- und Gemeindebeamten, sowie die Beamten eines der Staats- oder Gemeindeaufsicht gesetzlich unterstellten Institutes sind verpflichtet, dem zuständigen Minister oder Präfekten ihre Mitgliedschaft bei Verbänden jeder Art auf Anfrage mitzuteilen. Teilnahme an geheimen Verbänden oder an Verbänden, die ihren Mitgliedern Geheimnispflicht auferlegen, hat Amtsentsetzung zur Folge.

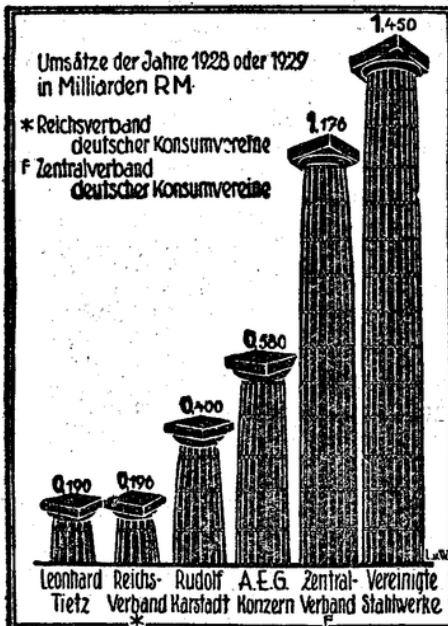
Versammlungen sind gemäß Sicherheitspolizeigesetz drei Tage vorher anzumelden und können von der Polizei aus Sicherheits-, Sittlichkeits- und Sanitätsgründen verboten werden. Sie werden aufgelöst wegen aufrührerischer oder gegen die Würde oder das Ansehen der öffentlichen Behörden gerichteter Äußerungen oder wenn ein Verbrechen begangen wird. Als aufrührerische Äußerung gilt gesetzlich auch das Zeigen von Fahnen oder Kennzeichen, die als Symbol einer sozialen Umwälzung, des Aufsturus oder der Verachtung gegen den Staat, gegen die Regierung oder die Behörden angesehen werden, sowie die Ausschmückung mit Kennzeichen aufrührerischer Verbände.

Die Uebersicht dieses Kapitels zeigt, wie gründlich der Rechtsstaat Italien ausgerottet ist. Alle Rechtsgarantien, die die letzten Jahrhunderte politischer Geschichte Europas in Gestalt der Gewaltenteilung und der Freiheitsrechte entwickelt haben, gelten in der faschistischen Staatsauffassung als überwunden.

Prof. Dr. H. Heller.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die Bedeutung der Konsumvereine in Deutschland. Bei der Frage des Preisabbaues wird immer wieder darauf hingewiesen, daß es eine Aufgabe der Konsumvereine wäre, durch starke



Restriktion der Gewinnspanne die Kleinhandelspreise herabzudrücken. Man darf dabei nicht vergessen, daß, wenn auch der Umsatz der Konsumvereine, verglichen mit dem anderer Großunternehmen in Deutschland, bedeutend ist, sie doch nur den 8. bis 10. Teil des Gesamtumsatzes in Deutschland an Lebensmittel- und Bedarfsartikeln verkaufen, während z. B. die Vereinigten Stahlwerke einen viel größeren Anteil an der Gesamtproduktion ihrer Artikel haben. Noch in dem letzten Vorkriegsjahre hatten übr-

gens die Konsumvereine nur den dritten Teil des Umsatzes, den sie 1929 erzielen konnten. Im Zentralverband Deutscher Konsumvereine wird heute auch nur ein Drittel des Gesamtverkaufs in eigenen Produktionsstätten erzeugt, der größere Teil der Waren muß also aus dem freien Handel bezogen werden.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Ein Flottenabkommen zwischen England und Italien ist Ende Februar zustande gekommen, dem auch Frankreich beitreten wird. Es begrenzt die Seerüstungen der drei Mächte.

Als Dachorganisation aller republikanischen Verbände bestimmte am 1. März eine Konferenz von 112 Delegierten den Republikanischen Reichsbund.

Der Lebenshaltungsindex betrug im Monat Februar 138,8 gegenüber 140,4 im Januar. Zu bemerken ist hierbei, daß die Indizes für den Januar für Wohnung mit 131,8 und für Heizung und Beleuchtung mit 150,4 unverändert geblieben sind.

Eine gewaltige Kundgebung gegen den Faschismus und die sowjetrussischen Verfolgungen von Sozialdemokraten war es, die die Berliner SPD. am 2. März im Sportpalast veranstaltete. Der Riesenraum war überfüllt. Weiteren Einlaß mußte die Polizei untersagen. Redner waren Pietro Nenni, Italien, Abramowitsch, Rußland, und Weis vom Vorstand der SPD.

Aus unserer Bewegung

Die 1. Betriebsrätekonferenz des Gesamt-Verbandes, Bezirk Nordwest, am 1. März 1930, in Lübeck, war von 79 Betriebsräten besetzt. Kollege Schütt, Hamburg, sprach über die Zusammenfassung der Betriebsvertretungen im Bezirk Nordwest. Die Reichskonferenz der Betriebsräte in Berlin hat Richtlinien aufgestellt, nach denen alle Betriebsvertretungen örtlich zusammengefaßt werden sollen. An deren Spitze soll ein Betriebsräteauschuß stehen, dessen Vertreter Sitz und Stimme im Vorstand der Ortsverwaltung des Verbandes hat. Die örtlichen Betriebsräteauschüsse sind wiederum zusammengefaßt in einem Bezirksbetriebsratsauschuß und diese wiederum in einem Reichsauschuß der Betriebsräte des Gesamt-Verbandes. In Ortsverwaltungen mit mehr als 5000 Mitgliedern können die Betriebsräteauschüsse für die Erörterung und Behandlung besonderer Berufsfragen für die einzelnen Berufsgruppen (Handel, Transport, Verkehr und öffentlicher Betriebe usw.) besondere Untergruppen bilden. Zwecks Meinungsaustausch und zum Austausch der gewonnenen Erfahrungen werden des öfteren Konferenzen abgehalten werden. Den Höhepunkt der Konferenz bildeten die Berichte der Betriebsräte über ihre Tätigkeit in den Betrieben. Es wurde aufgezeigt, mit welchen Schwierigkeiten die Betriebsräte zu kämpfen haben bei der Durchführung der tariflichen Bestimmungen, wie auch bei der Anwendung des Betriebsrätegesetzes. Besondere Schwierigkeiten bereitete den Betriebsräten die Behandlung der Einstellungs- und Entlassungsfragen der Arbeitnehmer. Es kam zum Ausdruck, daß bei diesen wichtigen Fragen die Betriebsvertretungen unbedingt von dem ihnen gegebenen Mitwirkungsrecht Gebrauch machen müssen und gerade hierin segensreiche Arbeit für die Kollegen leisten können. Eine rege Aussprache setzte hierzu ein, die von Betriebsräten aus Kiel, Stavenhagen, Neustrelitz, Neumünster und Lübeck bestritten wurde. Nach einem Referat über die Neuwahl der Betriebsvertretungen behandelte Kollege Riedel vom Verbandsvorstand die Frage des Einspruchsverfahrens gegen die Wahl nach § 19 bis 21 der Wahlordnung zum BRG. An beide Referate knüpfte sich wieder eine lebhafte Aussprache an. Die Konferenz brachte besonders für die Betriebsvertretungen in den kleineren Orten zahlreiche Anregungen und Belehrungen. Kollege Schütt schloß die Konferenz mit der Feststellung, daß sie für alle Teilnehmer äußerst fruchtbringend gewesen sei.

Hamburg. In der Generalversammlung am 26. Februar 1931 gab Kollege Gaack den Geschäfts- und Kassenbericht. Unter Hinweis auf den gedruckten Jahresbericht führte er unter anderem aus: Die größere Machtentfaltung, die der Zusammenschluß zum Gesamt-Verband ermöglicht, war bei den Arbeitszeit- und Lohnkämpfen der verfloffenen Monate stark zu empfinden. Trotz verschieden gelagerter Tarife ist durch gegenseitige Verständigung eine einheitliche Abwehraktion durch die neue Organisationsform möglich gewesen, wodurch der Kampf der Unternehmer gegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in seinem Erfolg auf ein Minimum beschränkt werden konnte. Die Vertiefung des Vertrauens zur Organisation trotz links und rechts zur Spaltung drängender Kreise ist aus der Mitgliederbewegung ersichtlich. Sie zeigt nicht Rückgang der Mitgliederzahl, sondern Aufwärtsbewegung, die sich neben Neuaufnahmen in dem besseren Prozentverhältnis vollaufzahlender Mitglieder ausdrückt. Dasselbe trifft auch zu für die Beamtenabteilungen, die trotz größerer Hemmungen einen Aufschwung genommen haben. Zur spezielleren Betreuung wird nunmehr ein Beamtensekretariat eingerichtet, das die Gewähr bietet,

besondere Bearbeitung, wie für alle anderen Mitgliedergruppen, vornehmen zu können. Aus dem Kassenbericht ist zu erkennen, daß einmal durch den Zusammenschluß einmalige höhere Ausgaben vorhanden sind, andererseits durch die sozialen Auswirkungen der wirtschaftlichen Depressionen Ausgaben für alle Unterstützungsweige gemacht werden müssen, die in keinem Verhältnis zu den früheren Auszahlungen stehen. Dies tritt vorwiegend in die Erscheinung durch die Erwerbslosen. Allein für Weihnachtsunterstützung wurden aus der bezirklichen Kasse 115 000 Mk. an 5320 Mitglieder zur Auszahlung gebracht. Zusammenfassend konnte aus dem mündlichen Bericht entnommen werden, daß trotz großer, notwendiger, finanzieller Belastung, gepaart mit den Erschwernissen der wirtschaftlichen Situation die Organisation in der Lage war, die Rechts- und sozialen Verhältnisse im allgemeinen zu halten. Die Anerkennung der geleisteten Arbeit brachte die Versammlung dadurch zum Ausdruck, daß der Bericht ohne Diskussion Billigung fand und den Kassierern einstimmige Entlastung erteilt wurde. Nachdem den der Versammlung schriftlich vorgelegten Vorschlägen für die Bezirksverwaltung, Bezirksabteilungsleitungen, Revisionskommission, Arbeitsnachweiskommission ebenfalls einstimmig zugestimmt war, wurde einmütig eine Liste von 29 namentlich zum Ausschluß Vorgesetzten genehmigt. Mit der Betonung, daß die Versammlung Zeugnis von der inneren Geschlossenheit und Einmütigkeit der Organisation sei, worin die berechnete Hoffnung erblickt werden kann, daß in den jetzt zu führenden Abwehrkämpfen die Rechte erhalten bleiben und nach Behebung der wirtschaftlichen Krise erneut, gestützt auf den großen machtpolitischen Faktor, den Gesamt-Verband, weiter ausgebaut werden können zum Nutzen der öffentlichen und privaten Arbeitnehmer, wurde die Versammlung geschlossen.

Helmstedt. In der gut besuchten Generalversammlung referierte Kollege Lehnert (Magdeburg) über Gesundheitswesen und Tarifverträge in Krankenhäusern. Der Kassenbericht ergab von 1930 einen Uberschuß von 117,50 Mk. und einen Mitgliederzuwachs von 16 Personen. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender H. Meyer, 2. Vorsitzender R. Spickermann, Kassierer W. Rabbas, Schriftführer M. Kochzius.

Moers (Niederrhein). In der Generalversammlung konnte der Vorsitzende Müller darauf hinweisen, daß sich der Zusammenschluß für alle Beteiligten auch hier am Ort gut bewährt hat. Die Christen verzichteten, in unsere Reihen einzudringen, was jedoch kaum in Erscheinung trat. Eine kleine Lücke, die dadurch entstand, wurde durch Neueintretende wieder geschlossen. Die Zahlstelle gab im Jahre 1930 weit über 5000 Mk. an Unterstützungen der verschiedensten Art an die Mitglieder. — Krenzel von der Bezirksleitung Köln gab einen kurzen Bericht über die verschiedensten Lohnverhandlungen. Der inneren Geschlossenheit der Organisation ist es zu danken, wenn Schlimmeres als der jetzige Lohnabbau abgewendet wurde. Für alle Unbelehrbaren aber folgendes zur Beherzigung: Die im Betrieb der „M J A G.“ Beschäftigten gingen still und leise ihren Organisationspflichten nach, so daß es für die Außenstehenden den Anschein hatte, als sei hier jedes Organisationsleben erloschen. Dieser Anschein veranlaßte den verantwortlichen Leiter der „M J A G.“, Herrn Frangen, seinen Untergebenen einen Lohnabbau von 30 Proz. zu diktiert. Er glaubte allen Ernstes, damit im Recht zu sein. Er fiel aber aus allen Himmeln, als die Organisation auf dem Plan erschien und dem Herrn klar machte, daß es so etwas nicht gibt. Recht kleinkauf, wie alle Diktatoren, die herzhast angefaßt werden, setzte er sich mit den Organisationsvertretern an den Verhandlungstisch. Von seiner stolzen Forderung sind ganze 7 Proz. übrig geblieben. Ohne Organisation hätte die Sache für die Beteiligten sehr schlecht gestanden. Schon hier allein hat sich der Verbandsbeitrag reichlich bezahlt gemacht. Möchten alle Laien und Lässigen hieraus die nötige Nutzenwendung ziehen. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Münster. In der Generalversammlung berichtete Kollege Schmidt über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. Vom 1. Januar bis 30. September 1930 wurden gezahlt vom Gesamt-Verband für Arbeitslosenunterstützung 2 036 526 Mk., für Krankenunterstützung 2 539 128 Mk., für Sterbeunterstützung 588 940 Mk., für Notfallunterstützung 277 839 Mk. und für Rechtschutz 284 472 Mk. Allein für diese Unterstützungsweige hat also der Gesamt-Verband in den ersten drei Quartalen des Jahres 1930 die Riesensumme von 5 726 905 Mk. an seine Mitglieder ausgezahlt. Dazu kommen noch die Leistungen aus dem Invalidenfonds, welche mit dem 1. Juli 1930 in Kraft getreten sind. Allein im dritten Quartal haben 2557 Mitglieder, die infolge Krankheit, Unfall oder Alters dauernd erwerbsunfähig sind, 79 630 Mk. Unterstützung erhalten. Aus dem Unterstützungsfonds, der auf Grund des § 49 der Verbandsatzung

geschaffen ist, sind an früher ehrenamtlich tätige Funktionäre in den ersten neun Monaten des verflossenen Jahres 21 929 Mk. zur Auszahlung gebracht worden. Schließlich ist noch die Rechtschutz- und Haftpflichtversicherung „Fakulta“ zu erwähnen, die für Rechtschutzkosten und Schadenersatz in dem gleichen Zeitraum 182 060 Mk. geleistet hat. Zur Schule des ADGB in Bernau entsendet in der Zeit vom 11. bis 23. Mai der Bezirk 40 Funktionäre. — In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Hoffmann, 2. Vorsitzender von Costerius, 1. Kassierer Schmidt, 2. Kassierer Kios, 1. Schriftführer Benkmann, 2. Schriftführer Hillebrecht; als Beisitzer Arning, Glück, Rütters, Mildner, Högemann, Spitzmaul, Brink.

Rastenburg. In der Generalversammlung gab Kollege Heinrich den Jahresbericht. Kollege Neuenhof, Königsberg i. Pr., referierte dann über: „Ist Abbau der Löhne erforderlich?“ Die Vorstandswahl ergab: Heinrich und Steinbeck, Vorsitzende; Döschin und Boob, Kassierer; Büttner und Kollegin Hein, Schriftführer.

Remscheid. In der Generalversammlung am 21. Februar 1931 gab Kollege Emme den Geschäftsbericht. Außer einer Reihe von Lohnbewegungen, bei denen es gelang, die Lohnabzüge unter dem allgemeinen üblichen Maß zu halten, gelang es uns, einen Kollegen in der Berufungsinstanz vor sechs Monaten Gefängnis zu bewahren. Vor dem Arbeitsgericht wurden 1054,10 Mk. erlitten. Einspruchsklagen mündeten wegen der Entlassung von drei Kollegen geführt werden, die alle drei gewonnen wurden. In der Diskussion wurde von den Rednern der Opposition natürlich nicht anerkannt, daß etwas geleistet worden ist. Es kam zu teilweise lebhaften Auseinandersetzungen. Die Opposition ließ es sich nicht nehmen, eine halbe Vorschlagsliste für die Wahl der Ortsverwaltung einzubringen, zu einer ganzen fehlen ihr anscheinend die Mannen. In seinem Schlusswort wies Kollege Emme darauf hin, daß Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich leicht zu stellen sind, daß aber die Vorkommnisse in den kommunistischen Betrieben uns zeigen, daß auch dort Theorie und Praxis verschieden sind. Der kommunistischen Leitung des Konsumvereins Gotha blieb es vorbehalten, die Löhne der dort Beschäftigten um 20 Proz. zu senken. — Bei der Abstimmung über die Vorschläge zur Ortsverwaltung erhielt die Liste der Opposition 18 Stimmen, während die von der bisherigen Ortsverwaltung vorgeschlagenen Liste 60 Stimmen bekam.

RUNDSCHAU

Deutsche Bauausstellung Berlin 1931. Schon seit Monaten wird in der Tagespresse auf die vom 9. Mai bis 2. August 1931 auf dem Ausstellungsgelände am Kaiserdamm stattfindende deutsche Bauausstellung hingewiesen. Ihr Zweck ist, den Bauwillen zu heben, die Bautechnik zu fördern und durch Durchführung neuer Bauformen belehrend und anregend zu wirken. Es wird weniger die Bauweise von früher und jetzt gezeigt; man will vielmehr den Versuch machen, für die Zukunft wegweisend und richtunggebend zu sein. Im Baugewerbe hält es schwer, die alten gewohnheitsmäßigen Arbeits- und Verarbeitungsmethoden durch die neuen Techniken und Betriebsmethoden zu verdrängen. Die von verschiedenen Seiten angeforderten Rationalisierungsmaßnahmen im Bau- und Wohnungswesen sind nur wenig bekannt, so daß es angebracht ist, die Öffentlichkeit mit den Errungenschaften auf diesem Gebiete vertraut zu machen. Aus dem umfangreichen Programm der Ausstellungsleitung ist zu ersehen, daß die Veranstaltung nicht nur für die Interessenten, sondern auch für die Allgemeinheit von großer Bedeutung sein wird. — Von dem 55 000 Quadratmeter Hallenfläche, die der Ausstellung zur Verfügung stehen sowie von dem großen Ausstellungsfreigelände sind bereits weit über 80 Proz. belegt. Internationale und nationale Kongresse und Fachtagungen, die innerhalb der Ausstellung stattfinden, sind bis jetzt über 70 angemeldet. Darunter befindet sich eine internationale Tagung der Baubearbeiter. — Die Abteilung „Internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen“ ist bereits von 19 Auslandsstaaten belegt. — Die Halle 1 mit 16 500 Quadratmeter Grundfläche, in der die Abteilung „Das Bauwerk unserer Zeit“ untergebracht wird, ist vollständig belegt. — Die Abteilung „Die Wohnung unserer Zeit“ wird einen Flächenraum von 12 500 Quadratmeter einnehmen. Die Hauptaufgabe dieser Abteilung ist, geeignete Mittel für die Befriedigung der neuen Wohnbedürfnisse zu zeigen. Durch die soziale Umgestaltung ist der Einrichtungsbedarf gegen früher ein anderer geworden. — Die Abteilung „Das neue Bauen“ ist räumlich die größte der Ausstellung; sie umfaßt 20 000 Quadratmeter Hallenraum und einen großen Teil des Ausstellungsfreigeländes. Der Deutsche Bauwerksbund hat in dieser Abteilung allein 900 Quadratmeter belegt. — Die Abteilung „Sonderausstellung für landwirtschaftliches Bauwesen“ wird mit Hilfe des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten aufgebaut. Die zum Aufbau kommenden 21 ländlichen Bauten, die über 30 000 Quadratmeter Fläche bedecken,

sind bereits im Rohbau fertiggestellt. Unter anderen werden errichtet: 6 Bauernstellen, 2 Landarbeiterstellen, 3 Gärtnerstellen, 1 Geflügelfarm, 1 Tankstelle, verbunden mit einer ländlichen Schmiede und Stellmacherei. Diese Anlagen werden nach der Ausstellung nicht abgebrochen, sondern sollen später zu Forschungszwecken des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Verwendung finden. — Die Abteilung „Internationale Garagenausstellung“ wird nicht nur die Bauwirtschaft und Kraftverkehrswirtschaft, sondern auch die Öffentlichkeit interessieren, zumal auf diesem Gebiete noch große Unkenntnis der technischen Möglichkeiten vorhanden ist. Auf die Bedeutung dieser Abteilung der Ausstellung haben wir bereits in Nr. 2 der „Gewerkschaft“ hingewiesen. — Ebenso wird die Straßenbauausstellung Allgemeininteresse erwecken. Auf der großen Freigeländeanlage sollen abwechselnd Asphaltstraßen, Teerstraßen und Zement-Betonstraßen gezeigt werden mit dazwischenliegenden Geländeflächen, die der Entfaltung des Gartenbaues dienen. — Die Bauausstellung, an der sich von den freien Gewerkschaften 12 Verbände beteiligen, wird allgemein als Mittel betrachtet, das geeignet ist, die Bautätigkeit anzukurbeln und dadurch die Gesamtwirtschaft in Deutschland wieder zu beleben. Im Interesse der Arbeiterschaft ist zu wünschen, daß diese Veranstaltung mit dazu beiträgt, den erhofften wirtschaftlichen Aufstieg zu beschleunigen. III. Pause.

Die Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten. Die BS-Korrespondenz ist in der Lage, über die Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten folgendes mitzuteilen:

„Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft bezieht nach der zwanzigprozentigen Kürzung der Gehälter ein Gehalt von rund 78 000 Mark und nachweislich verbrauchte Repräsentationsgelder von rund 19 000 Mark im Jahr. Der stellvertretende Generaldirektor bezieht nach der Gehaltskürzung ein Gehalt von rund 53 000 Mk., wozu rund 9500 Mk. Repräsentationsgelder im Jahre treten. Ein Vorstand von sieben Mitgliedern steht dem Generaldirektor zur Seite. Sie erhalten im Durchschnitt nach der zwanzigprozentigen Kürzung der Gehälter rund 34 000 bis 38 000 Mk. Gehalt, wozu noch 7000 bis 10 000 Mk. Repräsentationsgelder im Jahre kommen. Die neun Abteilungsleiter der Hauptverwaltung und Gruppenverwaltung Bayern beziehen ein Gehalt von 26 500 bis 27 000 Mk. jährlich, ohne daß eine Repräsentationszulage gezahlt wird. Diese Gehälter verkürzen sich vom 1. Februar 1931 ab. Die Gehälter der 29 Präsidenten der Reichsbahndirektionen betragen sich zwischen 19 000 und 23 860 Mk. im Jahre. Auch diese Gehälter verkürzen sich entsprechend dem Vorgehen des Reichs. Die Repräsentationsgelder der Präsidenten haben vom 1. Januar 1931 ab eine Kürzung von 20 Proz. erfahren und belaufen sich im Jahre auf 2000 bis 4500 Mk.“

Und wie hoch sind die Leistungszulagen der vorstehend aufgeführten Herren?

Arbeitsgelegenheit für Deutsche in Sowjetrußland? Im Laufe des Jahres 1930 sind rund 1500 deutsche Arbeiter und fast ebensoviel Ingenieure, Techniker und sonstige Spezialisten nach Rußland abgewandert. Von den Arbeitern sind etwa 300 wieder zurückgekehrt, weil sie längst nicht die Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten vorgefunden haben, auf die sie gerechnet hatten. Der größte Teil der deutschen Abwanderer hat sich im Leningradischen Gebiet, im Donez-Revier, in Moskau und im Uralgebiet niedergelassen. Von den in Rußland befindlichen kehren auch zurzeit immer wieder welche zurück und die Zahl derjenigen deutschen Arbeiter, die mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen in Rußland vollauf zufrieden sind, ist sehr gering. Vor allem sind es die höchst mangelhaften Wohnungsverhältnisse und die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Lebensmittel, die besonders die deutschen Frauen abtötet. Verhältnismäßig besser lauten die Nachrichten über die Lebensverhältnisse der deutschen Ingenieure, Techniker und Werkmeister, von denen einzelne hoch qualifizierte, sogar riesige Gehälter beziehen und für die im allgemeinen gut gesorgt ist. Die lebhafteste Anwerbung, die im Laufe des Jahres 1930 russischerseits betrieben wurde, hatte die deutschen Stellen veranlaßt, den Russen den Abschluß eines Abkommens, in dem die Bedingungen für die Einstellung deutscher Arbeiter in russische Betriebe festgelegt werden sollte, vorzuschlagen. Nach langwierigen Verhandlungen ist im Juli vorigen Jahres ein Vertragsentwurf zustande gekommen, der aber von der Sowjetregierung nicht ratifiziert worden ist. Nach den unerfreulichen Erfahrungen, die im Spätherbst vorigen Jahres mit zahlreichen deutschen Bergarbeitern gemacht worden sind, schien es, als ob die Sowjetregierung die Anwerbung von Arbeitern ganz einstellen und nur von Fall zu Fall Facharbeiter verpflichten wird. Neuerdings finden aber wieder Anwerbungen in größerer Zahl statt, und zwar im Auftrag von sowjetrussischen Regierungsstellen, von Personen, denen deutscherseits hierzu die erforderliche Konzession nicht erteilt worden ist. Ganz abgesehen davon, daß solche Personen in Strafe genommen werden müssen, weil sie Ungeheures vornehmen, ist vor einer Ueberstredung nach Sowjetrußland auf Grund der ganz allgemein gehaltenen und unverbindlichen Zusicherungen über „Anweisung von Wohnung“ und günstigen „Lohn- und Arbeitsbedingungen“ zu warnen. Nicht, daß es sich um bewußte Irreführung handelt, aber die Erfahrung hat gelehrt, daß die Vorstellungen von

„Wohnungs- und günstigen Arbeitsbedingungen“ bei deutschen Arbeitern wesentlich andere sind als bei Russen. Aus den nachträglichen Enttäuschungen ergeben sich leicht unerfreuliche Auseinandersetzungen, die nur geeignet sind, die guten Beziehungen von Staat zu Staat zu beeinträchtigen. Russischerseits besteht offenbar die Neigung, deutschen Arbeitern, in Anbetracht der derzeitigen schwierigen Wirtschaftslage in Deutschland, keinerlei Vergünstigungen, die nicht auch russischen Arbeitern zustehen, zu gewähren. Daher ist deutscherseits größte Zurückhaltung geboten. Nur da, wo Spezialarbeitern, die in Sowjetrußland dringend benötigt werden, ein ins einzelne gehender Vertrag, der u. a. auch eine zeitlich nicht begrenzte Berechtigung zur Geldüberweisung nach Deutschland vorsieht, geboten wird, sind diese Bedenken unter Umständen hinfällig.

3,5 Millionen Rundfunkteilnehmer in Deutschland. In den sieben Jahren seines Bestehens hat der deutsche Rundfunk es auf eine Hörerzahl von mehr als 3,5 Millionen gebracht. Es entfallen zurzeit somit auf je 1000 Einwohner 55 Rundfunkverleihen, und wenn man annimmt, daß bei jedem Rundfunkapparat mindestens vier Hörer interessiert sind, dann werden also von 64 Millionen Einwohnern Deutschlands mindestens 14 Millionen Rundfunk hören, d. h. also, jeder vierte Deutsche ist in seinem Heim durch die Rundfunkwelle mit der Außenwelt in Verbindung. Der größere Teil der Rundfunkhörer sitzt allerdings noch in den Sendestädten und erst, wenn die Großsender noch mehr in Betrieb sein werden, wird man sich auch auf dem Lande mit billigen Apparaten dem Rundfunk anschließen können. Die Zunahme der Hörerzahl war am größten in den Jahren 1927 und 1928 und betrug 1929 und 1930 nur noch drei Viertel dieser Höchstzunahme; auch ein Zeichen der Wirtschaftskrise.



Geldsackpatrioten. Die deutsche Kapitalflucht ins Ausland wächst sich geradezu zu einem Skandal aus. Die deutschen Kapitalisten schämen sich nicht, ihr Geld ins Ausland zu schaffen, dort zu niedrigen Zinsfüßen anzulegen, während in Deutschland die bitterste Not herrscht. Diese Tatsache beweist wieder einmal, wie hoch das patriotische Empfinden dieser Kreise einzuschätzen ist. Die Schweizer Zeitungen beschäftigen sich seit Monaten ausführlich mit dieser Erscheinung und machen entsprechende Bemerkungen dazu. In der Schweiz ist man schon so weit, daß man das deutsche Geld nicht mehr haben will, man lehnt Zinsvergütungen ab. Die „Berliner Börsen-Zeitung“, das Organ der patriotischen Börsenpatrioten, hat darüber kürzlich folgendes berichtet:

„Die ständige Zunahme kurzfristiger Gelder auf den Schweizer Plätzen, die durch den umfangreichen Kapitalzufluß der letzten Monate noch verstärkt wurde, hat zu einer weitgehenden Ueberfüllung des Marktes mit kurzfristigen Mitteln geführt, für die irgendwelche Verwendung selbst zu den bescheidensten Sätzen mehr und mehr zu fehlen beginnt. Der überreiche Geldzufluß schafft im wachsenden Maße Schwierigkeiten, so daß die Banken es vielfach ablehnen, neue Depositionen aus Deutschland entgegenzunehmen. Während einzelne Banken den Zinsfuß für kurzfristige Gelder für ausländische Rechnung weiter herabgesetzt haben, geben andere Bankinstitute dazu über, eine Zinsvergütung überhaupt zu verweigern.“

In Deutschland bekommt man erste Hypotheken auf Neubauten nicht unter 8 Proz., in der Schweiz gibt man 4 bis 5 Proz. dafür. Unseren Patrioten ist es lieber, daß ihr Geld in der Schweiz zu diesem niedrigen Zinsfuß ausgeliehen wird als in Deutschland zu dem hohen. Wieviel Wohnungsnot könnte in Deutschland beseitigt werden, wenn das Geld im Inland bliebe, der Zinsfuß auf Schweizer Höhe herabgesetzt und der Wohnungsbau damit gefördert würde?

E. U.